Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12. Donnerstag, den 15. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Zerstörer des Reiches.

Die Vorgänge in Zabern und die Straßburger militärgerichtlichen Urteile haben der moralischen Wertung des Deutschen Reiches im Auslande den empfindlichsten Abbruch getan. Alle bisher bekannt gewordenen Aeußerungen der ausländischen Presse drücken die Ueberzeugung aus, daß in Deutschland Verfassung, Recht und Gesetz gegen die militärische Gewalt unterlegen sind und sie haben die Befürchtung, daß dem auch in Zukunft so sein werde. Ein Staat aber, der die Gewalt über Staat und Recht stellt, hat den Todeskeim in sich und wenn er noch so sehr gerüstet ist. Die moralische Schwäche, welche aus den Urteilen vom 10. Januar und den Vorgängen in Zabern und im Reichstag vom Auslande abgeleitet wird, ist zugleich eine Schwächung Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Man wird ja nach dem junkerlichen und großmäuligen Rezept der Rüstungsinteressenten den Versuch machen, das verloren gegangene Prestige durch verstärktes Säbelgerassel, vielleicht sogar durch neue Rüstungen, wieder zu gewinnen. Der Versuch wird nichts fruchten. Das Ausland hat erfahren, daß das deutsche Heer durch seine Führer in einen Gegensatz gebracht ist zum deutschen Volke und zu dessen Auffassung von Recht und Gesetz. Ein Staat aber, dessen Heer nicht mehr das Heer des Volkes ist — ist moralisch fertig, seine Auflösung ist nur eine Frage der Zeit.

Soweit hat der Militarismus das Deutsche Reich gebracht! Die Depesche des Generalmajors Pelet-Narbonne, womit dieser Vorsitzende des Kriegsgerichts gegen Reuter und Schad deren Freisprechung den Herren v. Jagow und v. Oldenburg mitteilte, wird einst große geschichtliche Bedeutung erlangen. Es ist ein Glückwunsch, den Zerstörer des Reiches sich gegenseitig abstatteten.

Der moralische Zusammenbruch des Reiches vor dem Auslande wird aber zugleich zu einer wirtschaftlichen Katastrophe werden. Wäre die Sozialdemokratie die Partei des krassen und rücksichtslosen Egoismus, dann könnte sie sich die Hände reiben. Das Wohl des Volkes, welches bei einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe am meisten leidet, steht uns aber viel zu hoch. Deshalb gilt es Kampf mit aller Energie dem Zerstörungswerk am Reiche, das die preußischen Junker aus Haß gegen Deutschland und aus egoistischer Vorteils- und Herrschaftsgelüsten in Szene setzen.

Und die Junker und die Militärs haben nicht nur das moralische Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland zerstört und dadurch dessen politische und wirtschaftliche Stellung schwer erschüttert, sie bedrohen auch den inneren Bestand des Reiches auf das ernstlichste.

Aus Süddeutschland kommt die Nachricht, daß man sich in Bayern nicht so ohne weiteres mit der Resolution der Herrenhäusler und mit den Erklärungen des preußischen Ministerpräsidenten, der ja auch der Reichskanzler ist, einverstanden erklärt. In Bayern sind sich sämtliche Parteien darin einig, gegen die überhebende und anmaßende Kritik am Reichstag Protest zu erheben. Und das mit Recht.

Das Fundament des Deutschen Reiches ist das in seinen Grundzügen immerhin demokratische Reichstagswahlrecht. Nur durch ein solches Wahlrecht konnte das demokratischer empfindende Süddeutschland dem Reichsgedanken gewonnen werden. Die Kritik der Herrenhäusler am Reichstag wegen seines demokratischen Zuges ist deshalb zugleich eine Kritik am Reiche selbst. Die Verächtlichmachung des Reichstages wegen seiner auf allgemeiner Wahl beruhenden Eigenschaften ist zugleich die Verächtlichmachung des Reichsgedankens überhaupt. Und dieses Werk betreiben zurzeit die preußischen Junker.

Aber auch hier wird die Sozialdemokratie am entschlossensten den junkerlichen Reichszerstörern entgegentreten. Die kümmerlichen demokratischen Rechte müssen nicht nur nicht verteidigt werden, sondern ihr weiterer Ausbau ist die eine Notwendigkeit für den Bestand des Reiches und für das Ansehen des deutschen Volkes.

Die Geschichte schreibt immer die glänzendsten Satyren: Die Junker, die sich das „Staatserhaltend“ im höchsten Superlativ anmaßen, sind aus erbärmlichem Eigennutz und frecher Herrschbegier die Zerstörer des Reiches geworden. Diejenigen, die sie die Staatsfeinde zu nennen belieben, sind die Erhal- [illegible] um Wohle des Volkes.

Der deutsch-russische Streit um das russische Erbe.

rb. Seit Wochen beschäftigt sich die internationale Oeffentlichkeit mit Fragen, die anscheinend nur ein sekundäres politisches Interesse haben: mit der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel und der Einigung Deutschlands und Rußlands in der armenischen Reformfrage. Die erste Frage, die durch das hochfahrenden Gebahren der deutschen Imperialisten zu einer wichtigen Prestigefrage Deutschlands gestempelt worden war, hat bereits mit einem Rückzuge der deutschen Diplomatie geendet. Die Entscheidung in der zweiten Frage, die den Gegenstand langwieriger Verhandlungen zwischen Petersburg und Berlin bildet, steht noch aus. Erst der Ausgang dieser Frage dürfte zeigen, ob und inwieweit sie mit dem Rückzuge Deutschlands in der Frage der deutschen Militärmission in Verbindung steht. Wie das Ergebnis aber auch ausfällt — es unterliegt schon jetzt keinem Zweifel, daß der Inhalt der sich abspielenden Ereignisse weit über die Grenzen der oben genannten Fragen hinausgeht.

Bei der Kompliziertheit der politischen Beziehungen in allen Fragen des nahen Orients, namentlich bei der jetzigen Neuorientierung der Politik der europäischen Mächte in Vorderasien, läßt sich natürlich das Verhalten zweier Mächte zu einander nur schwer aus dem Zusammenhange der sich kreuzenden und ergänzenden Einflüsse verschiedener Mächtegruppen herausschälen. Und doch ist eine solche Untersuchung, unter Berücksichtigung aller anderen Momente, notwendig, um die Entstehung neuer weltpolitischer Faktoren zu würdigen. Ein solcher Faktor ist der immer deutlicher hervortretende Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland in den Fragen der vorderasiatischen Politik.

Man hat die russische und die englische Expansion in Asien in den 80er und 90er Jahren mit zwei Eisenbahnzügen verglichen, die mit rasender Schnelligkeit einander entgegeneilen. Mit nicht geringerem Recht kann man diesen Vergleich auch auf die deutsche und russische Expansion im letzten Jahrzehnt in Vorderasien anwenden. Die äußeren Formen der Expansion sind hier allerdings anders als in den von Rußland und England annektierten Fürstentümern Turkestans und des mittelasiatischen Hochplateaus. Aber ihr Inhalt ist auf dem schwierigen Gebiet Vorderasiens derselbe wie in den weltentrückten Gebieten Mittelasiens. Rußland hat nach seinem Ausgleich mit England im Jahre 1907 das nördliche Persien in den Bannkreis seiner Eroberungspolitik gezogen, während Deutschland durch den Bau der Bagdadbahn und durch den ganzen Charakter seiner türkischen Politik sich in Kleinasien und Mesopotamien festgelegt hat. Vor Potsdam setzte es noch der russischen Raubpolitik in Persien Hindernisse in den Weg. Aber nachdem es die Anerkennung der Bagdadbahninteressen durch Rußland erlangt hat, läßt es den Zarismus in Persien nach Herzenslust schalten und walten. Der Zusammenbruch der Türkei im Balkankrieg hat nicht nur den Ausbreitungsdrang der beiden Staaten verstärkt, er hat auch eine Reihe schwieriger Probleme ins Leben gerufen, die die Gegensätze in Vorderasien noch verschärft haben. Außer Rußland und Deutschland meldeten noch andere Staaten ihren Anspruch auf das türkische Erbe an: England in Arabien und am Persischen Golf, Frankreich in Syrien, Italien in Kleinasien. Während die einen — England und Deutschland — die Aufteilung des türkischen Erbes für verfrüht erachteten, vertrat Rußland, und mit ihm, wenn auch widerstrebend, Frankreich die entgegengesetzte Anschauung. Daraus ergab sich zwar einerseits die Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens über die Bagdadbahn und eines gewissen Zusammengehens Deutschlands und Englands in der türkischen Politik. Andererseits jedoch verschärfte die turkophile Politik Deutschlands und sein Bestreben, die „Selbständigkeit“ der Türkei um jeden Preis aufrecht zu erhalten, den Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland in der vorderasiatischen Politik.

In dem Rahmen der politischen Ereignisse des letzten Jahres betrachtet, kam dieser Gegensatz bisher insofern weniger zur Geltung, als das notgedrungene Zusammengehen die vorauseilenden Schritte Rußlands noch immer zu hemmen vermochten. Sämtliche Großmächte beeilten sich zunächst, in Form von Eisenbahn-, Hafen- und Bergwerkskonzessionen die Mittel des „friedlichen Eindringens“ in die auseinanderfallende Türkei sich zu sichern. Indessen kann dieses Vordringen des internationalen Kapitals, das vor allem auf die ungeheuren Naturschätze der asiatischen Türkei hinzielt, dem politischen Gegensatz der am meisten interessierten europäischen Staaten in Kleinasien nichts von seiner Schärfe nehmen. Dieser Gegensatz tritt immer schärfer hervor zwischen Rußland, das am stürmischsten auf die Schwächung und Zertrümmerung der Türkei hinarbeitet, und Deutschland, das in der Stärkung und Erhaltung des türkischen Staates zunächst das einzige Mittel sieht, um wirtschaftlich und politisch in Vorderasien festen Fuß zu fassen.

Die äußeren Formen, die dieser Gegensatz gefunden hat, liegen naturgemäß auf militärischem und politisch-strategischem Gebiet. Hinter dem russischen Protest gegen die Kommandostellung General Liman v. Sanders in Konstantinopel verbirgt sich sowohl die Befürchtung, daß die türkische Armee gestärkt werden könnte — eine Befürchtung, die eigentlich durch die Organisationstätigkeit General v. d. Goltzs und General Imhofs nicht gerechtfertigt wird, wie auch die Angst, daß „der Schlüssel zum moskowitischen Reiche“ — Konstantinopel in deutsche Hände gelangen könnte. Noch größer sind die Besorgnisse, die Rußland hinsichtlich Türkisch-Armeniens hegt. Dieses Gebirgsland, nach dem Rußland schon lange gierig hinschielt, bildet den Schlüssel zu der Beherrschung Kleinasiens als auch Mesopotamiens und die sicherste Handhabe für ein Vordringen nach dem Mittelländischen Meer oder nach dem Persischen Golf. Aber eben deshalb bildet die Besetzung Armeniens durch Rußland eine Bedrohung der deutschen Bagdadbahn wie auch des englischen Besitzstandes am Persischen Golf — der Brücke zwischen dem asiatischen und dem afrikanischen Kolonialreiche Englands. Der Kampf für und gegen die Annexion Armeniens wird geführt in Form von Verhandlungen — über die Reformen in Armenien! Und zwar werden — was die Situation in Vorderasien am grellsten beleuchtet — diese Verhandlungen geführt zwischen der russischen Regierung, die, nachdem sie noch vor kurzem im Kaukasus Armeniermetzeleien veranstaltete, sich ebenso wie in ihrer Balkanpolitik auf ihre „heilige Mission“ der „glaubensverwandten“ Bevölkerung gegenüber beruft, und der deutschen Regierung, die die ersten Eisenbahnkonzessionen von Abdul Hamid u. a. darum bekam, weil sie fast allein kein Wort des Protestes gegen die Armeniermetzeleien in den 90er Jahren gesagt hatte. Wie immer, wenn zwei Großmächte sich über die Verteilung des Besitzes eines schwächeren Staates nicht einigen können, verhandeln die Diplomaten in „uneigennützigster Weise“ über „Reformen“ für die Bevölkerung, über „europäische Kontrolle“ usw., und das Kräfteverhältnis der verhandelnden Staaten ergibt sich aus der Fähigkeit des einen oder des anderen, seine eigenen Geschäfte bei dem „Reformwerk“ zu besorgen. Die Zukunft des schwer geprüften armenischen Volkes ist hier nur ein Schacherobjekt, das jetzt in den Mittelpunkt des deutsch-russischen Streites um die Vorherrschaft in Vorderasien gerückt worden ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Arbeiterschutz im Reichstage.

Die große Frage, die alle Gemüter beschäftigt, ist auch heute noch nicht Gegenstand der Verhandlung. Erst morgen kommt die sozialdemokratische Interpellation über die Straßburger Kriegsgerichtsurteile und über die konservative Aktion im Herrenhaus auf die Tagesordnung, und am Montag nächster Woche wird sie voraussichtlich erörtert werden. Aber einen Hinweis auf die kommenden Debatten gab die heutige Sitzung bereits, als zu Beginn der Präsident gegen die Kritik Verwahrung einlegte, die Graf York von Wartenburg im Kreise der erlauchtesten Gesetzgeber am Parlament des allgemeinen Wahlrechts geübt hat.

Dann setzte der Reichstag die Beratung der Petitionen fort. Es kam indessen nur eine zur Verhandlung, deren Bedeutung auch in dieser mehrstündigen Diskussion nicht erschöpft werden konnte. Es handelt sich um einen verstärkten Arbeiterschutz in der Schwereisenindustrie, wie er von einer Reihe von Korporationen, namentlich von dem Deutschen Metallarbeiterverband verlangt wird. Die Petitionskommission hatte beantragt, dieses Gesuch zur Erwägung zu überweisen, soweit es gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt, und im übrigen bezüglich der Arbeitszeit, der Überstunden, des Verbots der Nacht- und Frauenarbeit usw. der Regierung zur Berücksichtigung zu übergeben. Dagegen wandte sich ein Antrag der Konservativen, die die Überweisung zur Erwägung für die ganze Petition für ausreichend halten.

In sehr eingehender Betrachtung unter sachkundiger Anführung einzelner Erscheinungen, die gewissenhaft festgestellt und prägnant hervorgehoben wurden, gab Genosse Spiegel, ein Fachmann im besten Sinne des Wortes, eine anschauliche Darstellung von der Ausbeutung der sich Arbeiter der Schwereisenindustrie unterwerfen müßten. Seine Darstellung wurde im Lauf-

der Debatte noch ergänzt durch die Angaben des Genossen Haberland, der in geschickter Polemik gegen die Konservativen und Nationalliberalen die Notwendigkeit des gesetzlichen Eingreifens vollends nachwies, denn die Konservativen und Nationalliberalen kämpften für ihren milderen Antrag, der offenbar ihrem sozialpolitischen Gewissen genügt. Von der Rechten tat es Herr v. Gräfe, während im Namen der Nationalliberalen Herr Dr. Böttger, ein Beauftragter der rheinischen Hüttenindustrie, sprach. Auch die lothringische Schwereisenindustrie schickte zum Schutz für ihre angeblich bedrohten Interessen ihren Vertrauensmann, Herrn Windeck, vor, der die Stelle nach bestem Können ausfüllte, die in der vorigen Legislaturperiode der Hüttenbaron de Wendel innehatte.

Für das Zentrum sprach Herr Giesberts, von den Polen Herr Sosinsky für den Antrag der Kommission, der dann auch gegen die Konservativen und Nationalliberalen Annahme fand.

Morgen wird der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe in erster Lesung beraten werden.

Die Etatdebatten im preußischen Abgeordnetenhause

zogen sich am Mittwoch bis abends 6 Uhr hin. Als erster Redner aus dem Hause kam der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz, zum Wort, der sich im wesentlichen in ähnlich reaktionärem Sinne äußerte, wie am Tage vorher der Abg. Röchling. Die beste Kritik an der Röchlingschen Rede ist die Zedlitzsche Bemerkung, der Verlust der Rechten bei den letzten Wahlen sei reichlich aufgewogen durch die Stärkung der wahrhaft nationalen Richtung innerhalb der nationalliberalen Partei. Im übrigen wandte sich Zedlitz gegen den Gedanken einer Arbeitslosenversicherung und verlangte energisch Schutz der Arbeitswilligen, vor allen Dingen aber Verbot des Streikpostenstehens. Daß er auch die Wahlreform als nicht notwendig bezeichnete, da die Arbeiterklasse am Reichstagswahlrecht genug habe, sei nebenbei erwähnt.

Nachdem der Finanzminister Lentze die Erklärung abgegeben hatte, daß er bereit sei, die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern, und nachdem der Handelsminister Sydow Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat gemacht hatte, die möglicherweise auf einen Beitritt des Fiskus zum Kohlensyndikat schließen lassen, kam der Fortschrittler Dr. Wiemer zum Wort, der energischer, als man es seit Jahren bei seiner Partei gewohnt war, die innerpolitischen Verhältnisse Preußens und Deutschlands in den Kreis seiner Erörterung zog. Mit Nachdruck forderte er die Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und beschäftigte sich besonders auch mit Herrn v. Jagow und mit der Zaberner Angelegenheit. — Der Minister des Innern v. Dallwitz nahm den Berliner Polizeipräsidenten natürlich in Schutz und wandte sich im übrigen, wie schon wiederholt, gegen die baldige Einbringung einer neuen Wahlrechtsvorlage. Die Gründe, die er dagegen anführte, sind so lächerlich, daß es sich nicht lohnt, auf sie einzugehen. Das wichtigste aus der Rede des Ministers v. Dallwitz ist die Erklärung, daß er die Regierungspräsidenten angewiesen habe, auf dem Wege von Polizeiverordnungen, wie dies in der Rheinprovinz bereits geschehen sei, aus Gründen des öffentlichen Verkehrs und der öffentlichen Sicherheit gegen Streikposten vorzugehen.

Aus dem Hause sprach dann noch der Pole Korfanty, der scharfe Kritik an dem Polenkurs der Regierung übte. — Als letzter Redner kam unser Genosse Hirsch zum Wort, der sich in zweistündigen Ausführungen mit der gesamten inneren Politik Preußens beschäftigte, die Notwendigkeit einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingehend darlegte und sich insbesondere mit dem ewigen Geschrei der Gegner der Sozialdemokratie über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus beschäftigte. Zum Schluß seiner Ausführungen hielt Gen. Hirsch auch noch mit dem Justizminister und mit dem Minister des Innern scharfe Abrechnung. — Hierauf vertagte sich das Haus.

Keine Revision im Reutterprozeß?

Der „Deutsche Kurier" will erfahren haben, daß im Prozeß gegen den Oberst v. Reutter vom Gerichtsherrn auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet werden wird. Maßgebend für die Entschließung ist die Erwägung, daß auf Grund des vorliegenden Tatsachenmaterials auch das Oberkriegsgericht nur zu einem freisprechenden Urteil gelangen würde, andererseits durch eine abermalige Aufrollung des Prozesses nur den preußenfeindlichen Elementen gedient werden würde. Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes aus Straßburg beabsichtigen sämtliche Unterstaatssekretäre gemeinsam mit dem Staatssekretär ihr Abschiedsgesuch einzureichen, wenn der Statthalter Graf Wedel seinen Abschied nimmt. Die Unterstaatssekretäre werden an dieser Absicht wahrscheinlich auch dann festhalten, wenn Graf Wedel im Amte bleibt und der Staatssekretär Frhr. Zorn von Bulach seinen Abschied nimmt.

Aus dem Seniorenkonvent.

Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß am Mittwoch, folgende Tage von Reichstagssitzungen freizulassen: den 26. und 27. Januar, 2., 23. und 24. Februar, 14. und 16. März. — Auf den Wunsch der Petitionskommission, daß Petitionen mehr als bisher zur Beratung im Plenum gelangen sollen, kam der Seniorenkonvent überein die Beratung von Petitionen sobald als möglich auf die Tagesordnung zu setzen. Auf eine Anregung von sozialdemokratischer Seite, Schwerinstage regelmäßig abzuhalten, wurde mit Rücksicht darauf, daß die Etatsberatung drängt, entschieden, daß, wenn möglich, vor der Fertigstellung des Etats Schwerinstage abgehalten werden sollen, später dagegen nur regelrecht Schwerinstage abhalten soll.

Verlängerung der Frist zur Einreichung der Wehrbeitragserklärung.

Im preußischen Abgeordnetenhause erklärte am Mittwoch der Finanzminister v. Lentze, er sei bereit, die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag bis zum 31. Januar zu verlängern. Die Steuerbehörden sind bereits verständigt worden.

Eine neue große Militärvorlage in Sicht.

Der bayerische Kriegsminister hat am Dienstag abend in der Kammer auf eine Anfrage des Liberalen Müller-Hof wegen der Gerüchte, daß demnächst eine halbe Milliarde für Neubewaffnung der Feldartillerie gefordert werden sollte, geantwortet: „Wenn der Abgeordnete von mir Erklärungen verlangt, daß keine neuen Forderungen für Bewaffnung und Ausrüstung der Armee mehr kommen werden, dann muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß ich und wohl kaum irgendwo ein Kriegsminister eine solche Erklärung abgeben kann. Eine Armee muß technisch auf der Höhe der Zeit bleiben, und kein Minister kann auch nur auf fünf Jahre voraussagen, welche Fortschritte die Technik auf dem Gebiete des Militärs bringt und in welche Zwangslage eine Heeresverwaltung durch die Erfindungen der Technik versetzt sein kann."

Die Erklärung des Kriegsministers wird allgemein als eine Ankündigung aufgefaßt, daß in der Tat eine große Artillerievorlage bevorsteht, gegen die sich also die wiederholte Warnung des bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet hat. Dieser aus zentrumsagitatorischen Bedürfnissen veranlaßte Protest des Grafen Hertling gegen weitere Rüstungen hat bei dem Kriegsminister offenbar keine Begünstigung gefunden.

Matrikularbeiträge für 1914.

Das Reichsschatzamt hat dem Reichstag eine Aufstellung über die von den Einzelstaaten an das Reich zu leistenden Zuschüsse — die Matrikularbeiträge — zugehen lassen. Diese beziffern sich auf 245 958 224 Mk. Davon geht der Ertrag der Branntweinsteuer ab, die bekanntlich den Einzelstaaten zufließt, in Höhe von 194 017 430 Mk., sodaß die Einzelstaaten aus ihren eigenen Einnahmen zu decken haben 51 940 794 Mk., macht auf den Kopf der Bevölkerung 80 Pfg.

Der Preußenbund macht sich bemerkbar.

Der vom Preußenbund veranstaltete Preußentag tritt am 18. Januar im Saal des preußischen Landtags zusammen. Es werden Vorträge gehalten über Preußens Beruf, über die heutige Stellung Preußens im Reiche und über das preußische Königstum von Gottes Gnaden. Ferner sollen wirtschaftliche Fragen vom Standpunkte des Preußenbundes behandelt werden.

Eine Zabern-Interpellation im badischen Landtage.

Im badischen Landtage brachte am Mittwoch die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation ein: „Im Urteil des Straßburger Militärgerichts vom 10. Januar wird behauptet, daß die preußische Kabinettsordre vom 17. Oktober 1820 noch in Geltung sei und daß die Offiziere sich bei Anwendung dieser Vorschrift nicht darum zu kümmern brauchten, ob die Ordre mit den Gesetzen in Einklang stehe. Da auch die in Baden liegenden Truppenteile zum preußischen Kontingent gehören, ersuchen wir die Regierung um Beantwortung der Frage: „Welche Schritte hat die Regierung getan oder gedenkt sie zu tun, um die persönliche Freiheit der badischen Staatsbürger und das Ansehen der badischen Zivilverwaltung zu schützen?"

Die Fortschrittliche Volkspartei reichte folgenden Antrag ein: „Die Regierung wird ersucht, beim Bundesrat die alsbaldige Vorlage eines Gesetzentwurfs zu betreiben, durch welchen die Militärgerichtsbarkeit auf rein militärische Delikte beschränkt wird."

Aus dem bayerischen Landtage.

In der Dienstagnachmittagssitzung des bayerischen Landtages richtete der liberale Müller-Hof bei der Fortsetzung der Militärdebatte an den Kriegsminister die Anfrage, ob auch in Bayern etwa geheime Militärinstruktionen bestünden nach der Art der preußischen Kabinettsorder von 1820. Redner bedauerte, daß der Kriegsminister sich im Gegensatz zum Ministerpräsidenten nicht energischer gegen die neuen Rüstungstreibereien ausgesprochen habe. Es wäre das umso notwendiger gewesen, als bereits die Rede davon sei, daß eine halbe Milliarde für die Neubeschaffung der Feldartillerie gefordert werden soll. — Der alte Landwirtebündler Beckh hielt darauf eine wilde Militärrede, die in der Meinung gipfelte, das beste wäre im Reichslande eine zielbewußte und mannhafte Militärdiktatur, die mit fester Hand die Zügel hält und besonders die Presse im Zaume hält. Redner erntete mit seinen Ausführungen brausende Hurrarufe bei den Sozialdemokraten! Herr Beckh begeisterte sich auch für die Mannhaftigkeit des Berliner Polizeipräsidenten und für das Eingreifen des Kronprinzen.

Beim Kapitel Militärjustizverwaltung kam am Mittwoch in der Kammer der Genosse Süßheim auf den Straßburger Prozeß gegen den Oberst v. Reutter zurück. Die Verhandlungen hätten nichts mehr mit Recht zu tun gehabt, sondern seien lediglich eine Bekundung militärischer Interessensolidarität gewesen. Die Militärjustiz trug keine Binde, sondern ein Monokel, kein Wunder, daß sie einseitig sah. Der Redner legte dar, daß auch in Bayern die Militärgerichte verschieden urteilen, je nachdem es sich um Offiziere oder um Soldaten handele. Er forderte die völlige Beseitigung der militärischen Sondergerichtsbarkeit, die nur ein Urteil der Richter in eigener Sache darstellte. Von seiten der Militärverwaltung wurde die unterschiedliche Behandlung bestritten. Ein Erlaß der Militärjustizverwaltung aus dem Jahre 1910 habe ausdrücklich verfügt, daß zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Militärjustiz kein Unterschied gemacht werden dürfe.

Bürger und Militär in Bayern.

Die allgemeinen Erörterungen über den Militäretat, die am Dienstag abend zu Ende geführt wurden, ergaben am Schluß wenigstens eine erwünschte Aufklärung. Die „Staatszeitung" hatte Mitteilungen über den Waffengebrauch des Militärs gebracht, aus der hervorging, daß es auch in Bayern zulässig sei, daß die Militärgewalt aus eigenem Recht gegen die Zivilbevölkerung zum Waffengebrauch schreiten dürfe, wenn sie finde, daß die Zivilverwaltung zu lange zögere. Der Kriegsminister v. Kreß erklärte nun am Dienstag mit allem Nachdruck, daß die Notiz der Staatszeitung falsch sei und amtlich dementiert werden würde: In Bayern seien die Bestimmungen ganz klar, niemals dürfe das Militär ohne Requisition der Zivilbehörde einschreiten. Mit dieser Erklärung stellte der bayerische Kriegsminister wenigstens für das bayerische Gebiet die bürgerliche Rechtsordnung wieder her; seine Ausführungen wirkten überhaupt beinahe „antimilitaristisch", wenn man die aberwitzigen Hurra-Reden bürgerlicher Abgeordneter vorher hören mußte.

Erfreulich berührte auch die Erklärung des Kriegsministers, in der er die „rednerische Entgleisung" eines Kriegsgerichtsrats, der von Sozialdemokraten als minderwertigen Elementen gesprochen hatte, mißbilligte.

Frankreich.

Ein politisches Attentat. Unterm 14. Januar berichtet der offiziöse Draht aus Paris: Heute vormittag wurde in der Wohnung des Führers der radikalen türkischen Partei, des Generals Scherif Pascha, ehemaligen türkischen Gesandten in Stockholm, ein Mordanschlag verübt. Ein junger Mensch erschien daselbst und verlangte dringend, von Scherif Pascha empfangen zu werden. Der Kammerdiner Scherifs verweigerte dies, worauf der junge Mann einen Revolver auf ihn abfeuerte und ihn verwundete. Infolge des Knalles eilte der Schwiegersohn Scherif Paschas, Salil, herbei, und tötete mit einem Revolverschuß den Angreifer, dessen Identität bisher noch nicht festgestellt worden ist. Es handelt sich allem Anscheine nach um ein politisches Attentat. Scherif Pascha gibt seit einigen Jahren hier eine Zeitschrift heraus unter dem Titel: „Meschertiette", in welcher das jungtürkische Komitee für Einheit und Fortschritt auf das heftigste befehdet wird. Scherif ist etwa vor Jahresfrist von der jungtürkischen Regierung in contumciam zum Tode verurteilt worden.

Portugal.

Eisenbahner-Ausstand. Die Angestellten der portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft sind Mittwoch früh in den Ausstand getreten. Der Eisenbahnverkehr ist dadurch lahmgelegt worden.

Bulgarien.

Auflösung der Sobranje. Am Mittwoch ist die Sobranje aufgelöst worden. Die Auflösung erfolgte nach neunstündiger Sitzung, während der die Gruppen der Opposition aus verschiedenen Gründen die Annahme der provisorischen Budgetzwölftel ablehnen zu müssen erklärten. Der Ministerpräsident verlas um Mitternacht den Auflösungserlaß, der mit der Arbeitsunfähigkeit der Kammer begründet wurde. — Die republikanische Bewegung kann durch die Auflösung der Sobranje nur gewinnen.

Südafrika.

Der Generalstreik für das ganze Gebiet der südafrikanischen Union ist proklamiert worden. Auch die Straßenbahnangestellten und die Bergarbeiter haben die Arbeit eingestellt. Man glaubt an eine sofortige Verkündigung des Kriegsrechtes. Der Belagerungszustand erstreckt sich auf die westlichen Bezirke Transvaals, des Oranjestaates und Natals, durch welche Hauptbahnen führen, mit Einschluß Durbans, Pietermaritzburgs und mit Ausschluß der Kapkolonie. Dabei ist die Haltung der Streikenden ruhig, sogar „merkwürdig" ruhig, wie der Telegraph meldet. Wir finden daran nichts Merkwürdiges. Streikende sind immer ruhig, wenn sie nicht provoziert werden. Daß die Streikenden aber provoziert werden sollen, ist leider richtig. Darauf deuten die Meldungen über angeblich von Streikenden verübte Dynamitanschläge hin, die sämtlich unwahr sind. Wie vor einigen Tagen, so scheiterte auch Mittwoch der Versuch der Polizei, den Sekretär des Gewerkschaftsverbandes, Bain, festzunehmen, an dem Widerstande der Streikenden. Ein währenddessen abgefeuerter Schuß soll nach einer Version von Streikenden in dem Gewerkschaftshause, nach anderer Version von der Polizei stammen. Infolge des Vorfalles wächst die Spannung. Das Gewerkschaftshaus ist verbarrikadiert. In Benoni befreite heute vormittag die Volksmenge zwei Verhaftete gewaltsam. Die Lage ist ernst.

Mexiko.

Zahlungsunfähig! Übereinstimmende Nachrichten aus Mexiko besagen: Der Kabinettsrat beschloß, die in diesem Monat fälligen Zinsen aus der äußeren und inneren Schuld nicht zu bezahlen. Huerta versucht sein möglichstes, um der Goldausfuhr entgegenzutreten. Der Sold für die Truppen ist im Rückstand, weswegen diese unmutig sind. Der mexikanische Minister des Auswärtigen ist beauftragt, die fremden Mächte von der Entscheidung bezüglich der Einstellung der Zinsenzahlung auf die Bons der inneren und auswärtigen Schuld für die ersten sechs Monate des Jahres zu verständigen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 15. Januar.

Die Versammlung der Bürgerschaft, die am Montag, den 19. Januar 1914, abends 6 Uhr, tagt, findet folgende umfängliche Tagesordnung vor: I. Antrag des ersten Stellvertreters des Wortführers, Dr. Th. Eichenburg auf Entlassung aus diesem Amte und event. Neuwahl eines ersten Stellvertreters des Wortführers. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Umwandlung der Stellen des ersten und zweiten Assistenzarztes der Heilanstalt Strecknitz in feste Stellen mit Pensionsberechtigung und Schaffung einer weiteren nichtpensionsberechtigten Assistenzarztstelle. 2. Gewährung eines Darlehns von 80 000 Mk. an den Verein zur Fürsorge für Geistesschwache. 3. Gewährung eines Staatszuschusses an den Travemünder Schulverein. 4. Erlaß eines dritten Nachtrages zu dem Gesetz vom 6. Februar 1905, betreffend die kaufmännische Fortbildungsschule in Lübeck. 5. Bauliche Veränderungen in der Heilanstalt Strecknitz. 6. Ankauf der Parzellen 25 und 26 aus Art. 41 der Mutterrolle von Vorwerk. 7. Abänderungen der Bestimmungen des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche über den Gemeindewaisenrat. 8. Errichtung einer Polizei- und Feuerwache auf den Vor-

weiter Wiesen. 9. Chaussierung des Weges von Nusse nach Kühsen. 10. Vermehrung der Schutzmannschaft. 11. Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 23. Dezember 1876, die Körung der im Besitze von Privatpersonen befindlichen Zuchthengste betreffend. 12. Bewilligung weiterer Mittel zur Beschaffung von Gasmessern und von Gasrohrleitungen. 13. Herstellung einer Straßenbeleuchtung in eingemeindeten Ortschaften. 14. Erweiterung des Elektrizitätswerkes und Ausbau des Kabelnetzes in Travemünde. 15. Vermehrung der Betriebsmittel für die Straßenbahn. 16. Bau einer Straßenbahn nach Schlutup. 17. Durchführung der Overbeckstraße bis zur Kronsforder Allee. 18. Erhaltung von Alleebäumen. 19. Gewährung einer Beihilfe zum Umbau der Kirche zu Nusse. IV. Bericht der Kommission zur Prüfung des Senatsdekretes vom 2. November 1910, betr. Heranziehung hiesiger Privatarchitekten zur Mitarbeit an den städt. Bauaufgaben. V. Eventuelle Besprechung des in der Versammlung vom 15. Dezember 1913 mitgeteilten Senatsdekretes vom 10. desselben Monats, betreffend das Urteil des hiesigen Landgerichts vom 28. Oktober 1913 wegen Feststellung eines angemessenen Preises für den Verkauf von in Travemünde nördlich der Bahnstrecke von der Rose bis zum Strandbahnhof belegenen Grundstücken an die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. VI. In der Versammlung vom 15. Dezember 1913 gestellte Anträge 1. von Henk: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den noch verbleibenden Teil des Niendorf-Travemünder Weges, der nicht Staatsweg ist, als solchen zu übernehmen. 2. von Borchert: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Verordnung vom 13. Juni 1889, betreffend den Schutz des Ostseestrandes in den Gemarkungen Brodten, Gneversdorf und Travemünde einer Revision zu unterziehen. 3. von Bandholz: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Befestigung des Weges Kuhtrift im Eingemeindungsgebiet Genin einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. VII. Eingabe einer Kommission der in und am Hafen tätigen Arbeiter wegen Aufhebung bezw. Abänderung der Polizeiverordnung vom 8. Dezember 1913, betreffend das Betreten der Holzlagerplätze am linken Traveufer von der Karlstraße abwärts.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner gestrigen Sitzung seine Mitgenehmigung zu den Senatsanträgen betr. den Verkauf einer an der Steinrader Landstraße belegenen Grundfläche an den Holländer Trettow in Schönböcken, sowie auf Bewilligung von 1500 Mk. zur Verlegung des Straßenbahngleises in der Schwartauer Allee. Der Antrag des Senats auf Umwandlung der Stellen des ersten und zweiten Assistenzarztes der Heilanstalt Strecknitz in feste Stellen mit Pensionsberechtigung und Schaffung einer weiteren nicht pensionsberechtigten Assistenzarztstelle wurde an eine Kommission, der J. Evers, Dr. Schlomer, Lau, Glasau und Klein angehören, verwiesen. Der Gesetzentwurf betr. Erlaß eines Denkmalschutzgesetzes geht noch einmal an die Kommission, die durch drei Juristen verstärkt wird, zurück, da einige juristische Fragen noch besonders geprüft werden sollen.

Bald so, bald so, wie's gerade trefft! Es kommt nicht häufig vor, daß die „Lübeckischen Anzeigen" selbständig zu wichtigen politischen Ereignissen Stellung nehmen. Wenn es aber schon einmal geschieht, dann aber in einer Weise, die wie des berühmten Kandidaten Hieronymus Jobses Antworten allgemeines Schütteln des Kopfes hervorrufen muß. Je ernster das Blatt seine Betrachtungen meint, desto heiterere Eindrücke hinterlassen sie. So auch jetzt anläßlich der Zaberner Affäre, die bekanntlich vorläufig mit einem Sieg des Säbels über das Recht geendet hat. Das Urteil des Straßburger Kriegsgericht wurde am letzten Sonnabend gefällt; am 12. Januar konnte man im Leitartikel der „Lübeckischen Anzeigen" folgendes lesen:

. . . „Alle beteiligten Behörden, nicht nur den Kreisdirektor, trifft die Schuld. Sie waren einer Lage nicht gewachsen, deren Einrenkung, sollte man sagen, für jeden halbwegs fähigen und energischen Verwaltungsbeamten eine Spielerei sein müßte.

Sind nun alle diese Leute, wie Mandel, Zorn von Bulach, Mahl und Wedel, solche hilflose Stümper?..

Nicht Unfähigkeit, nicht Gesetzesunkenntnis hemmte am letzten Ende die Hand der Verwaltung, das ganze Regierungs-System hat Schiffbruch gelitten. Der Freispruch des Zaberner Obersten ist die Anklageschrift gegen das System der Manteuffelei, das nun seit einem Menschenalter in der Regierung der Reichslande im Schwange ist, das nicht nur die Handlungen der Verwaltungsorgane bestimmt, sondern auch tief in ihre Denkungsweise eingedrungen ist.

Die Milde, die Versöhnlichkeit, das Entgegenkommen nicht nur berechtigten, sondern unberechtigten Wünschen und Interessen gegenüber auf Kosten der Staatsautorität. Dieses System hat den Germanisierungsprozeß nicht nur gehemmt, es hat die Grundlinien der Verwaltungspolitik vollkommen verschoben und verwirrt."

Zum Schluß fordert das Blatt, das seiner Genugtuung über den Freispruch Reuters und seiner Mitangeklagten Ausdruck gegeben hatte, ohne Gefühlsduselei die Unterdrückung aller Bewegungen, die sich gegen das Germanisierungswerk richten."

Man braucht sich wirklich nicht über diese Auslassungen unseres behördlichen Organs zu wundern, in dem die Behörde eines anderen deutschen Bundesstaates so quasi zu Trotteln und Französlingen gestempelt werden, wenn nicht am 5. Dezember das gleiche Papier sich mit derselben Zaberner Affäre schon einmal befaßt hätte und folgende eigene Meinung von sich gab:

„Mit Recht sagte der Kanzler, daß es ein fruchtloses Streben ist, aus dem süddeutschen Reichsländer einen norddeutschen Preußen zu machen. Wie ist es aber da zu verstehen, daß derselbe Kanzler rückhaltlos an die Seite des preußischen Kriegsministers tritt und die militärischen Maßregeln, die dort getroffen worden sind, billigt, Maßregeln, die aus den Reichsländern nicht nur norddeutsche Preußen, sondern womöglich Ueberpreußen machten möchten. Gerade der nationale Politiker wird mit Schmerz dieses System verurteilen müssen, das überall nur eine Bevölkerung sieht, und nicht deutsche Stämme, deren Eigenart ja gerade den Reichtum unseres Volkes ausmachen, die man aber nicht nach Schema F behandeln kann. Vorkommnisse, bei denen der ruhige, gleichgültige Altpreuße in Gleichmut verharrt, müssen oder können jedenfalls den leichtbeweglichen Rheinländer, den warmblütigen Süddeutschen zu größerer Erregung bringen, die in sich aber ebenso unbedeutend ist, wie vielleicht ein unwilliges Achselzucken des Norddeutschen. Der Kanzler sprach dann von der Gefahr einer Kluft zwischen Heer und Volk und von der tiefen Erregung, die sich ob dieser Gefahr des deutschen Volkes bemächtigt habe. Wie kann aber da der Kanzler angesichts dieser Gefahr gerade doch für die Kränkung des einen Teiles so gar kein Verständnis finden, wie kann er da rückhaltlos doch auf die Seite treten, auf der die Uebergriffe geschehen sind, ohne Genugtuung für die anderen? Es handelt sich hier nicht um die wirklich unbedeutenden Ungehörigkeiten des kleinen Leutnants. Es wäre ja eigenartig, wenn er vielleicht die blitzeschleudernde Gewitterwolke wäre, die den Kanzler zu Fall bringt. Die Verdrehung des Standpunktes ist es, die auf keinem Gesetz und keinem Recht beruhende, aus der Nervosität entsprungene Willkür des soldatischen Regiments ist es, die, wie von Calker richtig sagte, all das kaput schlägt."

Also: am 5. Dezember war es „die auf keinem Gesetz und Recht beruhende, aus Nervosität entsprungene Willkür des soldatischen Regiments," welcher die Schuld an den Zaberner Vorfällen vom Amtsblatt zugeschrieben wurde; am 12. Januar die Unfähigkeit der Zivilbehörden. „Mit Schmerz" wurde am 5. Dezember das preußische System verurteilt, das die Elsässer zu Preußen machen und ihnen die nationale Eigenart rauben wolle; am 12. Januar ist das Amtsblatt der Ansicht, daß gerade dieses System das richtige sei und alle auf Erhaltung der nationalen Eigenart gerichteten Bestrebungen „ohne Gefühlsduselei" unterdrückt werden müßten. Ob man in der Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen" wirklich keine Ahnung hat, daß man mit einer derartigen „konsequenten" nationalliberalen „Politik" den Eindruck eines unfreiwilligen Witzblattes hervorruft?!

Am 13. Januar holt sich dann das Amtsblatt einen Juristen zu Hilfe, der „nachweisen" muß, daß die Ausführungen des „Volksboten" über den Zaberner Prozeß und unsere Kennzeichnung des ganzen Verfahrens sowie die daran geknüpften Bemerkungen „logischer Unsinn" sei. Uns scheint, daß der Amtsblatt-Jurist, dem übrigens der Amtsblatt-Artikel vom 5. Dezember entgangen sein muß, zu derjenigen Gattung gehört, die ständig im Kampfe mit dem gesunden Menschenverstande liegen. Deshalb erübrigt sich ein Eingehen auf seine tiefgründige Weisheit. Diesem namenlosen Amtsblatt-Juristen könnten wir namhafte Juristen, wie den Strafrechtsprofessor Rehm, gegenüberstellen, die in dem Straßburger Richterspruch ein Fehlurteil sehen. Das nur nebenbei. Gar nicht gefallen hat es dem gleichen Juristen, daß wir die Tatsache anführten, daß ein Schutzmann eine Hure nicht festnehmen darf, wenn ein Leutnant sie begleitet. Ist es vielleicht nicht so?! Es sind aber nicht nur diese, sondern auch andere Dinge möglich, wie der Kölner Bestechungsprozeß beweist, den das Amtsblatt vorsichtigerweise seinen Lesern unterschlägt. Was schließlich die Heiratsannoncen der Offiziere anlangt, die meistens von sehr weitherziger Toleranz gegenüber allen möglichen Eigenschaften der zukünftigen Gnädigen zeugen, so ist es wohl richtig, daß ein Offizier, der ein derartiges Inserat mit seinem Namen unterzeichnen würde, den Abschied erhalten dürfte. Das unterlassen jene Herren darum vorsichtigerweise; aber sie sind doch wohl der Meinung, daß ein solcher Menschenhandel des „Königs Rock" nicht entehrt, sonst würden sie ihn ja ausziehen. Uebrigens sind Geldheiraten in jenen Kreisen doch die Regel. Wir möchten auch nicht versäumen, auf die Enthüllungen des Prozesses der Lebegräfin in Berlin hinzuweisen, die doch manche interessante Eheschließungsgeschichten zum Gegenstand hatten. Wer diese Dinge kennt, der wird finden, daß die Darlegungen des Amtsblatt-Juristen sich sehr hübsch der sonstigen redaktionellen Geistesgymnastik des behördlichen Moniteurs anschließen. Das sagt genug.

Schlechter „Scherz" eines Satten. Man berichtet uns: In der heutigen Ausgabe des hiesigen „General-Anzeigers" erschien unter der Rubrik „Stellenangebote" folgendes Inserat:

Tücht. Arbeitsbursche bei 24 Mark Wochenlohn gesucht. Zu melden zw. 8—10 Uhr.
Kreuzweg 4, II.

Um 8 Uhr früh waren denn auch einige Bewerber um diese Stelle vor der Tür des betreffenden Hauses, doch niemand meldete sich, der sie einließ. Mit der Zeit wuchs die Zahl der stellungsuchenden Arbeitslosen recht erheblich an; nicht weniger als 36 Arbeitsuchende waren es, die sich um den Posten bemühten. Endlich, gegen 1/2 10 Uhr, kam der Herr des Hauses, ein Oberpostassistent, und fragte, was los sei. Als man ihn auf das Inserat im „G.-A." verwies, gab er zu verstehen, daß alles nur ein „Witz" anläßlich seiner gestrigen Hochzeit gewesen sei. Uns will dünken, daß solche „Scherze" auf Kosten der Arbeitslosen die allerschärfste Kritik verdienen. Leute, die in solch empörender Weise die Arbeitslosen zum besten haben, beweisen nur ein recht geringes Maß von Intelligenz und verdienten eigentlich für ihren „Witz" eine empfindliche Zurechtweisung. Wundern muß man sich auch darüber, daß der Mann, vor dessen Haus die Ansammlung der irregeführten Stellensuchenden stattfand, es nicht für nötig erachtete, sofort die Leute in Kenntnis zu setzen, um was es sich da handelte, sondern sie erst über eine Stunde lang in der Kälte stehen ließ.

Mücken-Vertilgung. Das Polizeiamt beabsichtigt auch in diesem Winter die Häuser der Vorstädte und der angrenzenden, in der Nähe von Gewässern liegenden Ortschaften auf das Vorhandensein von Mücken untersuchen und letztere vorkommendenfalls gegen Erstattung der baren Auslagen vertilgen zu lassen. Die Hauseigentümer und Einwohner — wahrscheinlich nur, soweit sie zu den wenigen Amtsblattlesern gehören, denen die Bekanntmachung vom Polizeiamt zugänglich gemacht wird — werden ersucht, den Beauftragten des Polizeiamtes, die mit Ausweisen versehen sind, den Zutritt zu allen Kellerräumen, Ställen usw. zu gestatten, auch dann, wenn nach Ansicht der Bewohner keine Mücken vorhanden sind.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm). „George Washington" ab Bremen 17. Januar, „President Grant" ab Hamburg 22. Januar, „Hamburg" ab Hamburg 24. Januar, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 29. Januar, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 31. Januar, „Amerika" ab Hamburg 5. Februar, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 10. Februar, „Moltke" ab Hamburg 14. Februar. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, ausgenommen „President Grant", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheiten bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie: „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen.

Die Struckfähre ist eiseshalber nur während folgender Tageszeiten in Betrieb: von 5½ bis 8½ Uhr vorm., von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. und von 3 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends.

Handelsregister. Am 14. Januar 1914 ist eingetragen 1. die Firma Otto Wessel, Lübeck. Inhaber Buchdruckereibesitzer O. Wessel in Lübeck; 2. bei der Firma Dresdner Bank, Dresden, Zweigniederlassung in Lübeck unter der Firma Dresdner Bank, Filiale Lübeck: G. Klemperer in Dresden und W. Mueller in Berlin sind aus dem Vorstand ausgeschieden.

pb. Wer ist der Eigentümer? Bei einem in Hamburg festgenommenen Schreiber wurde eine silberne Damen-Remontoiruhr gefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermag. Es besteht die Vermutung, daß er durch Diebstahl oder auf eine andere strafbare Weise in den Besitz derselben gelangt ist. Die Uhr liegt zur Ansicht im Bureau der Kriminalpolizei aus. Wenn die Uhr hier in Lübeck abhanden gekommen ist, dann kommt nur die Zeit vom 7. Juni bis 16. September vor. Js. in Betracht.

Hamburg. Alfred Lichtwark, der Direktor der Hamburger Kunsthalle, ist am Dienstag abend kurz vor Mitternacht im Alter von 61 Jahren gestorben. Lichtwark war am 14. November 1852 in Hamburg geboren, studierte in Leipzig und Berlin und war von 1884 bis 1886 Bibliothekar am Berliner Kunstgewerbemuseum. Im letzteren Jahre wurde er zum Direktor der Hamburger Kunsthalle berufen. Unser Hamburger Parteiorgan bemerkt in seinem ausführlichen, warm empfundenen Nachruf für den Verstorbenen: Es darf in diesem Moment ohne Übertreibung ausgesprochen werden, daß Alfred Lichtwark die stärkste Persönlichkeit Hamburgs und einer der führenden Geister Deutschlands gewesen ist. Denn weit über sein Amt als Direktor der Hamburger Kunsthalle, weit über seine staatliche Sammeltätigkeit hinaus, ging sein Wirken und sein Wollen. Als Organisator, Erzieher, Anreger in allen Fragen der künstlerischen Kultur, der Bildung des Menschen zur und durch die Kunst stand er in der ersten Reihe.

Kiel. Zwei aufreizende Urteile sind wieder einmal vom Marinekriegsgericht zu melden. Der erste Fall betraf den Signalmaat Tewes und den Signalgast Zornig, beide vom kleinen Kreuzer „Bremen". Am 11. November v. Js. lag das Schiff vor Veracruz (Mexiko). Zornig hatte Wache und sollte das Einlaufen der Schiffe in den Hafen melden. Er paßte jedoch nicht ordentlich auf und meldete nicht, daß erst ein mexikanisches Schiff und später eine Pinasse des Schulkreuzers „Hansa" einliefen. Der Signalmaat Tewes stellte ihn zur Rede und dabei trat er ihn auf den nackten Fuß. Darüber geriet Z. in Wut. Er packte den Maat an die Brust und stieß ihn mit den Worten „verfluchter Schweinehund" zurück. Zu dieser Tat ist er auch wohl gereizt worden, weil der Maat ihn schon zwei Tage vorher an den Kopf geschlagen hatte, daß ihm die Mütze vom Kopfe flog. Einem Obersignalgast hat der Maat auch zweimal auf die Füße getreten. Das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion verurteilte nun den Maat Tewes wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in je zwei Fällen zu der geringen Strafe von drei Wochen Mittelarrest. Übel war jedoch der Signalgast Zornig dran, dessen Tat im bürgerlichen Leben als ein Akt der Notwehr angesehen wird und straffrei bleibt. Er wurde wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Beleidigung zu einem Jahr und einen Tag Gefängnis verurteilt. Ihm wurde zugutegehalten, daß er durch den Vorgesetzten gereizt worden ist, sonst wäre die Mindeststrafe, da die Tat im Dienst begangen ist, zwei Jahre Gefängnis. — Der zweite Fall betraf den Torpedobootsmaat Engelmann von der dritten Halbflottille. Dieser Maat war kein Engel zu den Matrosen. Einen Matrosen schlug er ins Gesicht, weil dieser ihn im Gedränge berührt hatte. Er gab ihm auch noch einen Fußtritt, daß er zu Boden fiel. Einen anderen Matrosen nannte er das größte Mistschwein und warf ihn mit einem Stück Kohle. Denselben Matrosen schlug er auch mehrere Male ins Gesicht. Als der Matrose sich das einmal verbat, sagte er zu ihm, wenn er sich noch etwas verbitten würde, bekäme er eine gescheuert, daß er sich hinter der Brücke wiederfinden würde. Er nannte die Leute Rotznasen, Halunken, Schweinehunde, A...löcher usw. Einmal sagte er zu den Leuten: „Ihr seid alle Hunde, Ihr werdet noch so zahm, daß Ihr mir aus der Hand freßt. Bevor Ihr von Bord kommt, besorge ich jedem 14 Tage. Ich werde dafür sorgen, daß Ihr eine Führung bekommt, an der Ihr Euer Leben lang genug habt." Das Kriegsgericht hatte den Maat wegen dieser Behandlung Untergebener zu nur vier Wochen Mittelarrest verurteilt. Diese Strafe war dem Oberkriegsgericht der Ostseestation jedoch noch zu hoch und es ermäßigte sie auf 16 Tage Mittelarrest. Der Verhandlungsführer führte aus, daß die Strafe ermäßigt worden sei, weil es sich nur um Lappalien handelt, denn es seien „nur" vier Ohrfeigen und ein Fußtritt ausgeteilt (ohne die Schimpfworte). — Wenn das alles nur Lappalien sind, darf man sich nicht wundern, daß die Mißhandlungen kein Ende nehmen.

Winsen a. d. Luhe. Ein schwerer Unglücksfall hat sich Dienstag in Salzhausen ereignet. Der dortige Kaufmann F. A. Janssen wollte mittags 1,13 Uhr noch in den nach Winsen fahrenden Zug der Kleinbahn springen. Er kam zu Fall, und die Räder gingen ihm über die Beine. Nach Anlage eines Notverbandes wurde er im Auto in das Lüneburger Krankenhaus befördert, wo er im Laufe des Nachmittags starb.

Nordenham. In der Koje erstickt. In Nordenham war der Schlepper „Nordsee" spät abends eingekommen. Die beiden Brüder Karl und Johannes Slootboom begaben sich in ihre Kombüse und haben der Kälte wegen zuvor den Ofen bis oben gefüllt. Als am anderen Morgen selbst auf wiederholtes Rufen keine Antwort erfolgte, wurde gegen 7 Uhr die verriegelte Tür aufgemacht und man fand die beiden Brüder in einem von giftigen Kohlendünsten durchschwängerten Raume. Es war sofort zu erkennen, daß die jungen Leute durch die Gase vergiftet waren. Wie sich gleich zeigte, kam für den jüngeren, den Leichtmatrosen Karl Slootboom, die Hilfe zu spät, er war bereits tot. Johannes Slootboom röchelte dagegen noch schwach. Er wurde sofort zum Krankenhause geschafft. Unter Zuhilfenahme des Sauerstoffapparates der Freiwilligen Feuerwehr erholte der junge Mann sich wieder. Der verstorbene Karl S. war 15, der gerettete Johannes S. ist 16 Jahre alt. Beide sind Holländer.

Wilhelmshaven. Krankenkassenwahlen. Bei der in Wilhelmshaven und Rüstringen stattgefundenen Krankenkassenausschußwahl zur gemeinsamen Ortskrankenkasse hatten die bürgerlichen Kreise ebenfalls mit Vorschlaglisten aufgewartet. Die Hauptkraft ihrer Bemühungen warfen sie auf die Arbeitgeberwahlen. Hilfe erstand den Bürgerlichen in den Marinebetrieben und den Marine-Offizierkorps. Der Kaiserlichen Intendantur, den Werftbeamten und den Offizieren war von ihren vorgesetzten Behörden und Kommandostellen mitgeteilt worden, daß eine rege Beteiligung an der Wahl erwünscht sei. Die Nummer der bürgerlichen Kandidatenliste wurde den Herren mitgeteilt. Bei der Auszählung der Stimmen zeigte sich, daß die Herren Offiziere tapfer gegen den „inneren Feind", die Liste der freien Vereinigung, gekämpft hatten. Von 2963 abgegebenen Arbeitgeberstimmen entfielen auf die Liste der Bürgerlichen 2680 Stimmen, gleich 14 Vertretern im Ausschuß und 28 Ersatzmännern, auf die Liste der freien Vereinigung 253 Stimmen, gleich einem Vertreter und zwei Ersatzmännern. Bei den Versichertenwahlen traten besonders die Köchinnen und Dienstmädchen der Beamten und Offiziere an. Viele von ihnen kamen mit strengen Weisungen, was und wen sie zu wählen hätten. Die charakteristischsten Szenen spielten sich ab. „Der Herr Kapitän hat gesagt, ich soll meine Stimme selbst in die Urne stecken, ich muß die Liste II wählen". Ferner standen hinter der bürgerlichen Versicherungsliste die Hirsch-Dunckerschen, die Gelben, die Handlungsgehilfen, Techniker usw. Der ganze Mischmasch brachte es auf 411 Stimmen, gleich 4 Vertreter, gegenüber den 2425 Stimmen, gleich 26 Vertretern des Gewerkschaftskartells. Der Mischmasch der Versicherten bekommt einen Sitz im Vorstand. Bei den Wahlen in Varel (Oldenburg) erhielten die freien Gewerkschaften 708 Stimmen oder 20 Vertreter und 40 Ersatzmänner, die liberalen Arbeiter 143 Stimmen oder 4 Vertreter und 8 Ersatzmänner.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & C.
Sämtlich in Lübeck.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich • empfehlenswerter Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Lübeck

Ahrbergs Hannoversche Wurst- u. Aufschnittwar.
Schlachtrisch. Fleischhauerst. 17 Fernspr. 2608

Rudolph Gaspary Holstenst. 21. T. 2074
Atelier für moderne Blumendekorationen. Spez.: Trauerkränze und Brautschmuck. Größte Auswahl in Topfpflanzen.

Stroh- und Filzhutfabrik Bertrand
Hinter St. Petri 9
Waschen, Färben und Umpressen nach den neuesten Formen.

Fr. Bibow, Engelsgrube 57
Salzheringe aller Art.
Fischkonserven en-gros. Tel. 908.

L. Christiansen Wahmstraße 30
: Fernruf 2413 :
Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.

Herm. Dose, Hundestr. 62
Roßschlächterei
Spezialität: Feine Wurstwaren.

Hamburger Kaffee-Lager
Holstenstraße 10

Essigfabrik
G. Lehmann
Alfstr. 17 — — — Telephon 902.

Meumann & Erdmann
Holstenstr. 2, I. Kontor-Bedarfsartikel
Kontinental-Schreibmasch. Rp.-Werkstatt.

Franz Schefferling jr., Beckergrube 50.
Tel. 3202. Sellermeister Tel. 3202.
Spezialität: Angelgeräte.

Ludwig Schlüter
Beckergrube 24 :: Telephon 72
Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung. Tag u. Nacht geöffnet.

Heinrich Tesenfitz
Königstr. 22 -:- Ecke Pfaffenstr.
Wäsche- u. Aussteuerart. aller Art.

H. Hahn Gr. Burgstr. 38
Photogr. Atelier.

W. Kraha Königstr. 48
Butter, Milch.

Fisch- und Fettwarenhandlung
H. Roßbach, Fackenburg. Allee 19 b

R. Köbling Königstraße 121
Angelgeräte und Netze.

Carl Schneer Wickedestr. 14.
Fischhandlung

Arbeiter-Artik. Manufakturw.

Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Johann Dittmer Drogenstr. 12a
Ecke Warend St.
Manufakturwaren — Konfektion
Bettfedern-Reinigungsanstalt

Arbeiter- und Berufskleidg.

J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien

E. Boese, Engelsgrube 54.

Erdbeerstreich Feine Großbäckerei Alfstr. 32.

Richard Bastian, K. Alfstraße 1

P. Johannsen Konditorei Fischhausstr. 31

H. Bengelsdorf, Dankwartsgrube 41
Best. u. Inst., empf. tägl. frische Backw.

Gesundheitsbrot

Verlangt:
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
Regulierend wirkend bei Verstopfung
- ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in 50 Niederlagen.

Betten-Geschäft

Filiale Karstadt
Carl Karstadt's Ww.
Holstenstraße 18
Erstes Spezialhaus am Platze.

Blumen u. Kränze

Robert Mißling
Breitestr. 55, Ecke Johannisstr.
Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

Wiese, Pfaffenstr., Kränze

Brauereien

Trinkt
Adler-Biere

Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Trinkt
Kieler Schloßbräu
Vertret. für Lübeck u. Umgegend.
Fr. Kropf, Glockengießerstraße 87.

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Trinkt Elbschloßbier

Brot-Fabrik

Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg & Co., G. m. b. H.
Lindenstr. 20-22 — Fernruf 256.
Auf je 10 Pfg. 2 Rabattmarken

Butter und Margarine

C. Schepler
Pfaffenstraße 2
erstes Spezialhaus für
Butter
Eier — Margarine
Verlang. Sie ausdrücklich
Siegerin, Mohra, Palmato — die Elite-Margarine-Marken

Drogen u. Farben

Drogen u. Farben
Ferd. Kayser

Eisenwaren u. Werkzeuge

Rob. Koosmann
Beckergrube 34, Tel. 1210
Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.
Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

Franz Genzmer
Fackenburger Allee 10b
Fernsprecher 1031.

Emil Seidel & Co.
Burgstraße 40, Baubeschläge, Öfen, Herde, Werkzeuge.

Färberei, Chem. Reinigung

Alw. Karstadt
: Annahmestellen :
in allen Stadtteilen
Telephon 313 • Telephon 313

Färber
Lehfeldt
Johannisstraße 70
reinigt und bügelt
Herren-Garderoben.

Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt

J. Krauz, Schneidermeister
Wahmstraße 71
Änderung u. Reparaturen billigst

Fuhrwesen und Möbeltransport

H. F. Meiners
Dankwartsgrube 57/59
Möbeltransport und Lagerung
Equipagen für jede Gelegenheit
Automobile, Taxameter
Tag und Nacht Betrieb
Telephon Nr. 800.

Cigarrenhdlg.

Hermann Kersten
Hüxstraße 8.
Hamb. Regatta à 5 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

Hermann Wieghorst
Am Markt • • • • Neben der Post
Ecke weit. Krambuden.

W. Babrdt, Hüxstraße 104.

Ludw. Beth, Untertrave 6.

M. Förster, Hüxstr. 38.

Carl Hasse Dankwartsgrube 44.

J. Möller, St. Annenstr. 19.

E. Palow Ecke Engelswisch-, Alsheide.

Adolf Röhrich Holstenstr. 2
Ecke Schüsselbud.

Otto Schlamm, Königstr. 48 b.

J. Wetterich Untertrave 87
Ecke Beckergrube.

Fahrräder, Nähmaschinen

G. Jönsson, Fackenburger Allee 32
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt.

Fleisch- und Wurstwaren

Th. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30

W. Pätow
Dankwartsgrube 46.

Herm. Spangenberg
Schlachterei und Wurstfabrik
— Schwartauer-Allee 59 —

Heinrich Kronsbein
Travelmannstraße 26/28
:-: Hansastraße 95 :-:

J. Raabe, Rosenstraße 31.

Garten-Sämereien

Friedrich Michael
Breitestraße 49

Hauseinrichtung.

Heinr. Pagels
Breitestraße 91/93, Hüxstraße 6/14.
Größte Auswahl in Hausstandssachen, Öfen, Herde, Gaskocher, Grauer, Wandplatten, Spielwaren.

Gummiwaren

Wilh. A. C. Wessel
Breitestraße 56a
Dauerwäsche — — Wachstuche
Artikel für Krankenpflege.

Herrenartikel

Heinrich Waller Breite Str. 88.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Ernst Wehde
Beckergrube 23
Hüte, Mützen.

Honig

Bienenfleiss
Deutscher Naturhonig u. Raffinade
Erhältlich in allen Nahrungsmittelgeschäften
Karl Häuer & Co. Lübeck

Hüte und Mützen

Hut-Fabrik
Adolph Dimpker, Wahmstr. 9.

Jos. Tralow, Wahmstr. 11
Inh. Ferd. Kauffeld.
Vermietg. v. Cylinder- u. Klapphüt.

Ed. Hirsekorn
: Sandstraße 20 :

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.

Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32, Fernspr. 569
Kolonialwaren-Versandhaus
Spezialität: Kaffee
in sämtlichen Preislagen

Carl Fr. Timm Nachf.
Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414
Größtes Geschäft der Lebensmittelbranche.
Butter, Konserven, Mühlenfabrikat.
Gr. Konsum. Kl. Preise.

Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.

Carl Hering, Aegidienstr. 37.

Korbwaren

Karl Schulmerich, Mühlenst. 28
Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052
Spz. Kinderwagen u. Korbmöbel

Kohlen

Heinr. Uter
Beckergrube 67. Fernspr. 138.

Lederhandlung

Johs. Goldt
Dankwartsgrube 60.
Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.

Heinr. Schlüter
Sohlledderausschnitt
Glantorpstraße 7.

Lichtspiele

Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Meierei

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Unger & v. Deesen
Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinenhaus Sandstr. 20, I. Etage
die billigsten am Platze.

Spezial-Butter- und Margarine-Haus.
Fr. Warnecke
Breitestrasse 1—5.

Maßgeschäfte für Herrenmoden

T. H. Rohbran
Königstrasse 74
Modern. Herrengarderob. n. Maß

Fr. Müller Inh. Ad. Fink, Marlesgrube 31/33, Herrenm.

Mineralwasser u. Spirituosen

J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.

Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel

Johs. Fischer
Heinrich Holldorff's Nachfolger,
Gr. Burgstraße 17.

F. HÖPPNER
Alfstraße 11
Teleph. 2135

Mineralwasser-Fabriken

Spezialfabrik nur alkoholfr. Getränke, Sauerbrunnen, Limonaden
Dr. G. Nickell
Wakenitzstr. 6, Fernsprecher 1070.

Möbelmagazine

Hintze & Stech
Moislinger Allee 60
: Telephon 1106 :
Detail-Verkauf in der Fabrik
-:- gegen Barzahlung -:-

Herm. Rist Hunde-Str. 13.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.

Louis Rowedder
49 nur Hüxstrasse 49

Piano-Haussmann Johannisstr. 14.
Billigste Preise.

Obst und Gemüse

Heinrich Warncke
Königstraße 64
Kartoffeln — Obst — Gemüse

Photographien

Photogr. Atelier „Hansa"
G. m. b. H.
vormals Samson & Co.
Lübeck, Breitestr. 39.

Restaurants

Restaur. Zum Goldenen Fass und Central-Herberge
C. Schroeder, Lederstraße 2.

Robert Mühr Restaurant
Moislinger Allee 57 a

H. Nupnau, Fackenburger Allee 76

Tapeten, Teppich.

Schwaner & Heeschen
Königstraße 69
Möbelstoffe : : : : : : : : Gardinen

Wurst u. Aufschn.

Emil Aland
Wilhelm Schmidt Nachf.
Mengstraße 2
Wurst • • Aufschnitt
nach Art versch. Provinzen

Thüringer Wurstfabrik

Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik August Scheere, Lübeck
Beim Ratteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Theater

Besucht das
Varieté International
Untertrave 63

Treibriemen u. Sattlerwaren

H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Uhren- und Goldwaren

Ludwig Zander
Goldschmied • • • Marlesgrube 3

C. Herbst Uhrenhandlung, Repar.-Werkst. Glockeng. St. 67.

A. Matern Beckergrube 26
Schweizer Uhren.

Gust. Richter Reparaturen gut
Wakenitzmauer 64

Weine

Rot-, Weiss- und Südweine
vorteilhaft bei
Kniep & Bartels.

J. H. Stooss
Engelsgrube 41/3
Weine — Liköre.

Waschanstalt

Lübecker Fein- u. Hauswäscherei
L. Redlien, Schützenstraße 43 a.

Mölln

Brauerei zum Eulenspiegel
Gebr. Waechter.

Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Balllokal. Kegelbahn.

H. Bruns Tabak, Zigarren, Zigaretten, Bahnhofstr. 13

Schlutup

Gasthof z. Post H. Vetter
Empfehlensw. Lokal.

Eutin

Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert
Plönerstr. 28.
Drogen, Farben, Photo-Artikel.
Artikel z. Kinder- u. Krankenpflege

Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugsquelle in Schuhwaren.

Schwartau

L. Schaap
Manufakturwaren und Konfektion
Aussteuerartikel, Nähmaschinen.

Adler-Drogerie Hans Grampp
Farb., Kräftigungen.

Wilh. Reimers Schlächter., Wurstmacherei m. Kraftb.

H. Timm Tabak- und Cigarrenfabrik.

Stockelsdorf-Fackenburg

C. Freese Fahrräder, Nähmaschin und Reparaturwerkst.

R. Sperling Binderei, Topfpflanzen etc.

N. Junk Schuhwaren und Reparatur-Werkstatt.

M. Voß Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitsgarderoben.

G. Wackenhut, Sargmagazin.

Trinken Sie **Hartwig's „Ideal" Kaffee**
er schmeckt vorzüglich
Preisage 1.30 bis 2.— Mk., besonders kräftig Pfd. 1.50 Mk.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 12. Donnerstag, den 15. Januar 1914. 21. Jahrg.

Zabern im elsaß-lothringischen Landtage.

In der Sitzung vom Mittwoch verlas der Präsident zunächst folgende von sämtlichen vier Parteien abgegebene Erklärung: Die Zweite Kammer ist mit der Regierung der Überzeugung, daß die Zivilverwaltung in Zabern durchaus ihre Pflicht getan und zu den Eingriffen des Militärs jeder tatsächliche Anlaß und jede rechtliche Grundlage gefehlt hat. Sie stellt fest, daß die Regierung auch im engen Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse eine größere Energie zur Erlangung einer Genugtuung für die dem elsaß-lothringischen Volke zugefügte Beleidigung hätte entfalten sowie zur Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung etwas hätte tun müssen. Sie vermag endlich in der Erklärung der Regierung keinerlei Garantien gegen eine Wiederholung solcher Gesetz und Recht verletzenden Vorkommnisse zu finden. Die Zweite Kammer bittet den Reichstag, dem sie für sein energisches Eintreten den Dank des elsaß-lothringischen Volkes ausspricht, in Fortführung des Kampfes um die Wahrung von Gesetz und Recht einzutreten für: 1. eine den modernen bürgerlichen Anschauungen entsprechende reichsgesetzliche Abgrenzung der Gewalten; 2. eine Reform der Militärgerichtsbarkeit; 3. einen Ausbau unserer Verfassung in der Richtung der vollen bundesstaatlichen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens.

Als Vertreter der Regierung ergriff der Unterstaatssekretär für die Justiz, Dr. Petri, das Wort, um scharf gegen den Obersten Reuter vorzugehen. Reuter hätte in der Gerichtsverhandlung abfällige Äußerungen über die Gerichtsbarkeit getan. Er habe daraufhin seine Gerichtspersonen als Zeugen vernehmen und sie vom Diensteide entbinden lassen. Der Oberst habe gar keinen Grund zu seinen Anklagen gegen die Justizverwaltung gehabt er weise die Unterstellungen des Oberst Reuter ganz entschieden zurück. Auch müsse er Verwahrung einlegen gegen die Begründung des Obersten, weshalb die Gefangenen im Pandurenkeller behalten worden sind. Dann gab er dem Hause bekannt, daß die Justizverwaltung dem Generalkommando mitgeteilt habe, der Oberst solle sich an die Staatsanwaltschaft und nicht an die Gendarmen wenden. Der erste Redner ist Abgeordneter Hauß vom Zentrum. Er freut sich, daß die Regierung heute endlich energische Worte gefunden habe; denn die gestrige Erklärung des Staatssekretärs läßt die Garantien, die nötig sind, vermissen. Abg. Hauß erklärt ferner, daß Zabern einen Verfassungs- und Rechtsbruch darstelle und daß der Reichskanzler jetzt das Faustrecht proklamiert habe. Der Rock des Königs werde nicht geachtet, wenn Träger desselben unschuldige Menschen schänden. Schlimmer als im Prozeß, wo der Verhandlungsleiter dem Kreisdirektor Verleitung zum Meineide vorwarf, ist der Rock des Bürgers bisher nicht geschändet worden. Das Gericht sei nicht unparteiisch gewesen; das ergebe sich schon aus den Äußerungen des Oberkriegsgerichtsrats Medikus und aus den Telegrammen an Jagow und Oldenburg. Zur Beseitigung der Unruhen hätte eine Waschfrau in Zabern ausgereicht. Seiner Meinung nach müsse der Oberst überhaupt pathologisch bewertet werden. Auf der Stirn des Generals v. Deimling und des Chefs des Generalstabes haftet heute das Kainszeichen der Unruhen in Zabern. v. Deimling, so habe er erfahren, habe zu Mandel beim Diner erklärt, er kümmere sich nicht um Zabern, der Oberst hätte seine Instruktion. Noch nie sei eine Regierung so mit Ruten gezüchtigt worden, mit denen das Volk dann geschlagen wurde, wie die elsaß-lothringische Regierung. Das Bild, das Staatsanwalt Kraus entworfen habe im Gerichtssaale, wie Kosaken in St. Petersburg hätten die Soldaten in Zabern gehaust, wird noch allen lange in Erinnerung bleiben. Der 10. Januar sei für Elsaß-Lothringen der größte Unglückstag, denn da seien Gesetz und Recht zerrissen und ein Hauptbestandteil der Verfassung zertrümmert worden.

Nach Hauß sprach Unterstaatssekretär Mandel. Er bestätigt die vor Gericht gemachte Äußerung, daß er zum Kreisdirektor gesagt habe, er solle dableiben, denn da habe er einen tüchtigen Vertreter in Zabern. Seiner Meinung nach hätte aber der Kreisdirektor das Anerbieten, einen Extrazug zu nehmen, annehmen sollen. Im Reichstage sei für ihn keine Veranlassung gewesen, zu reden, denn es wäre kein schönes Bild gewesen, wenn er gegen den Reichskanzler aufgetreten wäre. Die Untersuchungen, die die Regierung angestellt habe, hätten ergeben, daß das Einschreiten des Militärs nicht nötig gewesen wäre, die Zivilverwaltung hätte nicht versagt. Weiter hätte die Regierung nicht einschreiten können, nur der Statthalter hätte sich an die zuständige Instanz wenden müssen, was er auch getan habe. Die Meinung der elsaß-lothringischen Regierung geht dahin, daß die Kabinettsorder von 1820 für Elsaß-Lothringen ungültig sei. Mit der Verfassung hätte nach Meinung der Regierung die Zaberner Sache absolut nichts zu tun.

Darauf sprach Genosse Emmel. Er hielt eine prinzipielle Abrechnung mit dem Militarismus und stellte fest, daß die Regierungserklärung auf den Ton gestimmt sei: Heiliger Heydebrand, sei uns gnädig! Das gehe schon aus der Erklärung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" hervor, die vollständig damit einverstanden sei. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß die Regierung heute im Vergleich zu gestern einen großen Teil ihrer Äußerungen preisgegeben habe und habe zugeben müssen, daß die Gerichtsverhandlung nicht einwandsfrei geführt worden sei. Direkt ungehörig wäre es gewesen, daß der Unterstaatssekretär Mandel den Kreisdirektor beim Diner behalten habe. Genosse Emmel polemisierte scharf gegen die Ausführungen Mandels und betonte, daß das Gerichtsurteil weiter nichts sagt, als eine Aufforderung zu denselben Taten des Militärs wie sie in Zabern vorgekommen sind. Es herrsche in Elsaß-Lothringen eine militärische Nebenregierung. Beweis dafür sei, daß der kommandierende General dem Kaiser Mitteilungen macht, die nicht nur militärischer, sondern sehr häufig politischer Natur seien, von denen die elsaß-lothringische Regierung gar keine Kenntnis erhalte. Es bestehe absolut kein Gegensatz zwischen Armee und Volk, sondern lediglich zwischen dem Volk und dem vom Größenwahn befallenen Offizierkorps. Wenn manche Offiziere sich durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen müßten, dann würden sie nicht einmal satt zu essen haben. Als Genosse Emmel den Säbelhieb des Leutnants v. Forstner als einen Akt der Feigheit bezeichnet, wird er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Zum Schluß kommt Emmel auf die sozialdemokratische Forderung zu sprechen, die ganze Militärgerichtsbarkeit, die nur schädlich ist, zu beseitigen. Die Regierung habe die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt werde und daß die Zivilgewalt besser organisiert werde.

Nach Emmel sprach Statthalter Zorn v. Bulach, der zugibt, daß die Äußerung des Leutnants v. Forstner betreffs „Wackes" eine Beleidigung für das Volk sei. Wir haben nicht eingreifen können; das ist nicht so einfach, wie sich die Herren Abgeordneten das vorstellen. Wir hätten von der Militärbehörde die Antwort bekommen, daß das nicht zur Kompetenz der Zivilbehörde gehört. Das Wort „Wackes" habe an sich keine große Bedeutung; schlimm sei es nur, daß es gegen Leute, die sich nicht haben wehren können, gegen Soldaten gebraucht wurde. Wenn man der Regierung Dickfälligkeit vorwerfe, so gebe er zu, daß die elsaß-lothringische Regierung zwar ein dickes Fell habe, man dürfe aber nicht vergessen, daß darunter ein warmes Herz für das Land schlage. Er verteidigte schließlich die Maßnahmen der Regierung und gab sogar noch eine Rechtfertigung der Militärbehörde. — Nach ihm sprach der liberale Abg. Wolf, womit die Interpellationsdebatte beendet wurde. — Genosse Emmel beantragt, um die Sache nicht übers Knie zu brechen, Vertagung der Sitzung auf Donnerstagvormittag. — Das Haus beschloß dementsprechend.

An der Annahme des Antrags, der von allen vier Parteien des Hauses gestellt ist, ist jedoch nicht zu zweifeln.

Die Bergherren als Strafrichter.

Je besser die Unternehmer organisiert sind, desto härter drückt ihre Faust auf die Arbeiter. Das bekommen die Bergarbeiter des Ruhrreviers recht fühlbar zu spüren. Ihnen hat der Zechenverband vor ein paar Jahren eine Arbeitsordnung aufgezwungen, deren Daumschrauben immer fester angezogen werden. In dieser Arbeitsordnung haben sich die Zechenbesitzer eine schier unbegrenzte Strafgewalt über die Arbeiter angemaßt. Siebzehn verschiedene Fußangeln bedrohen den Knappen von dem Augenblick an, wo er zur Anfahrt den Zechenplatz betritt. Sehr viele bleiben darin hängen, natürlich jene am meisten, die sich der Gunst der Verwaltung am wenigsten erfreuen. Bei der großen Auswahl an Straftaten ist gar leicht eine Uebertretung zu finden, und ohne großes Federlesen wird das Urteil gesprochen und im Tempo der westfälischen Schnelljustiz vollstreckt. Der Name des Sünders kommt ans schwarze Brett und die Strafsumme wird ihm am nächsten Lohntage einfach einbehalten. Da sich Ankläger, Richter und Exekutor in einer Person vereinigen, haben Beschwerden gegen ungerechte Bestrafungen nur selten Erfolg. Auch die Klage am Berggewerbegericht ist meist nutzlos — dort gilt die Arbeitsordnung des Zechenverbandes mehr als die zehn Gebote.

Die Gesamtsumme der verhängten Strafen war im Jahre 1913 viel höher als in den Jahren vorher. Auf 118 Zechen wurde den Arbeitern vom Lohn abgezogen

für Förderung unreiner Kohlen oder ungenügend beladener Wagen	376 205 Mk.
für Feiern ohne Urlaub und andere Straftaten	765 243 „
Zusammen:	1 141 448 Mk.

Diese Riesensumme ist sauer verdientes Geld. Sie kann den Bergleuten und ihren Familien so ohne weiteres entzogen werden von derselben Gesellschaft, die den Bergarbeitern ihren Reichtum verdankt. Dazu sind die Knappen ganz außerstande, Bestrafungen auszuweichen. Reine Kohle zu fördern, ist oft ganz unmöglich, besonders bei

Die Honoratorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(23. Fortsetzung.)

Die übrigen Spieler waren herzu getreten, man plauderte noch einige Minuten und ging dann, Ueberzieher und Hut zu nehmen und aufzubrechen, während der müde Kellner die Lichter ausblies und mit dem letzten den Herren hinaus ins Vorzimmer leuchtete. Vor der Tür trennte sich die Gesellschaft. Die beiden Freunde schritten schweigend durch die dunklen Straßen dem Hause Richards zu. —

„Bleibst du oft spät aus?" fragte Traugott nach einer Weile im Hingehen den Freund.

„So spät wie heute — selten", versetzte dieser, „wenigstens nur an Spielabenden. Für gewöhnlich komme ich zum Abendessen nach Hause."

„Du bist aber jeden Abend im Klub?"

„Ein paar Stunden — ja, meistens, d. h. natürlich nur im Winter."

„Und was macht deine Frau in diesen einsamen Stunden, die doch nach dem Arbeitstage ihr gebührten?"

„Was weiß ich! Sie liest oder schreibt, hat Besuch oder ist aus, wie es kommt. Sie ist es nicht anders gewohnt, es ist hier zu Lande allgemein so Sitte."

„Eine miserable Sitte eigentlich", bemerkte Traugott ernst. „Mich deucht in meinem Junggesellensinn, das Naturgemäßeste wäre, daß Mann und Frau ihre Freistunden zusammen verleben. Bessere Gesellschaft finden beide sicher nicht. Und, die Hand aufs Herz, Richard", setzte er hinzu, „ist es recht, daß du gerade jetzt, wo doch eine Verstimmung zwischen euch, deine Frau so viel allein lässest?"

Richard blieb stehen und sah den Freund lachend an. „Alter, was fällt dir ein?" fragte er. „Hast du dich gelangweilt heute abend? Weshalb hast du mich nicht früher abgerufen? Ich wäre gleich bereit gewesen."

„Du irrst dich," lautete die Antwort, „ich habe mich gut unterhalten. Aber ich finde einen solchen Alleingenuß unrecht und — gefährlich, Freund. Kannst du es der Frau verdenken, wenn sie in ihrer Einsamkeit auf Gedanken kommt, oder auch ihrerseits Unterhaltungen sucht, die dir dann vielleicht nicht günstig, nicht angenehm sind?"

„Bah, bah!" versetzte Richard sorglos, „was du nicht alles ausgrübelst! Ihr Junggesellen seht eine Frau immer halb wie einen Engel, halb wie ein Wundertier an, während sie doch nur ein simples Menschenkind und das Leben nehmen muß, wie es einmal ist. — Aber da sind wir daheim," fuhr er die Tür aufschließend, fort. „Und nun schlafe aus und verschlafe deine „gefährlichen" Gedanken. Morgen abend können wir ja wundershalber einmal daheim bleiben, vorausgesetzt, daß Zoa Corona wieder umgänglich ist, was ich, beiläufig gesagt, erwarte."

„Sei es so," meinte Traugott. „Jedenfalls werden wir eine bessere Gesellschaft für sie sein als die Lingelsheim, Vogelsberg und Konsorten. Und daß du dich in deiner letzten Erwartung nicht täuschest, wünsche ich dir und uns allen." — —

Als Richard eine Viertelstunde später in das stille Schlafzimmer getreten war und sein Licht hinter dem Lichtschirm gestellt hatte, trat er an das Bett seiner Frau und betrachtete sie schweigend und inniger, als es die meisten Bekannten seinem munteren Augen zugetraut haben möchten. Anna lag regungslos und schlief, wie es schien, fest; ihr Atem war kaum wahrnehmbar, so daß Richard sich unwillkürlich näher zu ihr beugte. Sie sah so sehr bleich aus, aber auch so friedensvoll. Und jetzt, da er so nahe über ihr war, schien es ihm, als zucke die dunkle Wimper.

Er beugte sich noch tiefer und küßte leise die Stirn. „Schläfst du, Anna?" flüsterte er innig. Sie regte sich nicht, und mit einem langen, weichen Blick wandte er sich dann ab. —

VII.

Eine Morgenstunde.

Wenn man in Fornaris wirklich geschmackvoll und reich ausgestatteten großen Laden trat und an der Glastür vorüber ging, welche, wie wir wissen, rechts in das kleinere, meistens von den Offizieren benützte Zimmer führte, gelangte man um den wohlbesetzten Ladentisch herum an eine zweite Glastür im Hintergrunde des Raumes, und durch dieselbe in ein Gemach, das auf das zierlichste ausgestattet war, wie man es in Waldberg, der Provinzialstadt, gar nicht erwartet hätte und wie es sich in einer solchen gar nicht rentieren zu können schien. Aber der schlaue Tessiner, denn ein solcher war Herr Fornari, hatte wohl gewußt, was er tat, als er die nach den achtundvierziger Stürmen eintretende Ruhe augenblicklich in solcher Weise zu benützen und zu verwerten begann. Er rechnete einfach genug: das Beispiel der Residenz hat in den schlimmen Tagen einen bisher unerhörten Anklang und die bereitwilligste Folge in der Provinz gefunden und dieselbe, sozusagen, darauf vorbereitet, daß es fortan, wo die Reaktion herrscht und die „bevorzugten Klassen" und ihre Sitten und Liebhabereien an die Spitze gebracht hat, so weiter geht. Mitglieder und Anhänger dieser bevorzugten Klassen sind mit Weib und Kind zu uns herüber gekommen, um den [illegible] hellen und auf die rechten Wege, bis an die rechten Grenzen zu leiten und die „Demokratie" in Grund und Boden zu treten. Diese Herrschaften bringen ihre Sitten und Liebhabereien mit und werden auch damit Propaganda machen, sowohl bei denen, welche sich bisher nur nicht herausgetraut, wie auch bei denjenigen, die sich neuerdings für sie erklären. In der Residenz, in den „bevorzugten Klassen" ist es längst Sitte gewesen, daß auch die Damen in eine Konditorei „kneipen" gehen; wir haben jetzt auch hier einige solche von derartigen „lockern" Grundsätzen; andere werden folgen — kurz, ich richte ein Damenzimmer ein!

Genug, das Damenzimmer war seit Jahr und Tag in Ordnung und hatte sich bei den Damen selber so gut wie in den Reihen der herrschenden Partei eines großen Beifalls zu erfreuen. Durch dasselbe und in demselben wurden manche Schwankende gestärkt, manche andere, bisher Gleichgültige oder gar Feindliche, erst gewonnen, und zwar nicht allein die kleine Dame, welche dem Reiz ein wenig an solchem Orte zu naschen, nicht widerstehen konnte, sondern auch durch dieselbe ihre ganze Familie, Mann, Vater, Brüder und Vettern. Wogegen freilich auch nicht zu verschweigen ist, daß der Raum und die mit ihm aufkommende Sitte von anderen hartgesottenen Sündern und „Demokraten", von den „alten guten" bürgerlichen Familien mit halb gehässigen, halb verächtlichen Blicken angesehen wurde. Sie hatten dabei für sich, daß unter den Hauptkundinnen des Zimmerchens einige waren, welchen man — diese oder jene, gelinde gesagt, exzentrische Geschichte nacherzählte. Und endlich war das von den Offizieren benützte Gemach so nahe, und zwischen diesen Herren gab es so manche lustige Gesellen, daß man schreckhaften Gemütern eine gewisse Scheu schon zu gut halten durfte.

Um die Zeit jedoch, als Anna, von Kommissionen und Einkäufen zurückkehrend, den Marktplatz der Stadt passierte und in die Straße einbog, wo der Eingang zur Konditorei war, konnte von den letzerwähnten Gästen dort noch niemand gegenwärtig sein; die Heren waren, wie sie im Vorübergehen bemerkt hatte, noch alle bei Wachtparade und folgendem Appell auf dem Platze beschäftigt, oder plauderten mit diesem oder jenem herangetretenen Bekannten. Anna hatte, da sie in der Nähe der Gruppen vorüber mußte, von Vogelsberg einen respektvollen Gruß empfangen, der der jungen Frau, so wenig sie auch aufsah und so schnell sie auch vorbeischlüpfte, dennoch nach den Vorgängen des vorigen Abends alles Blut ins Gesicht getrieben hatte. Sie fühlte sich aufgeregt, müde von der Frühlingsluft und erhitzt von dem warmen Tage, und da sie bei Fornaris Tür war, warf

schlechtem Deckgebirge und unzureichender Beleuchtung. Auch die Lieferung ungenügend gefüllter Wagen ist nicht zu vermeiden. Vom Ort geht der Wagen gefüllt ab, was aber auf dem weiten Wege bis zum Schacht mit ihm geschieht, entzieht sich der Kontrolle des Hauers. Ihn dafür zu bestrafen, daß der Wagen auf dem Bremsberg oder auf der Seilbahn kippt und einen Teil seiner Ladung einbüßt, ist und bleibt trotz seiner Häufigkeit ein verdammenswerter Unfug.

Nicht viel anders steht es mit den Bestrafungen wegen Feiern ohne Urlaub. Um 200 000 Mark sind die Strafen wegen dieses Vergehens gegen das Vorjahr gestiegen. Die guten Bergherren! Sie wollten den Arbeitern auch etwas von der guten Konjunktur zukommen lassen, sie wußten nur nicht wie. In der Tat hängen die Bestrafungen wegen willkürlichen Feierns aufs engste mit der glänzenden Geschäftslage des Bergbaues in den letzten Jahren zusammen. Ungeachtet der starken Belegschaftsvermehrung hatten die Werke Mangel an Arbeitern. Von den Knappen wurde daher verlangt, daß sie nicht nur ihre regelmäßigen Schichten voll verfahren, sondern auch noch eine Menge Ueberschichten machen sollten. Viele erfüllten diese Wünsche und arbeiteten, manche im Monat 40 Schichten und mehr. Einmal ist aber auch der Stärkste am Ende seiner Kraft, und wenn die Abspannung zu groß wird, bleibt er eben zu Hause — er feiert ohne Urlaub. Es ist bezeichnend für das Sklaventum der Ruhrbergleute, daß sie in einer Zeit größter Anstrengung und bewunderswerter Leistungen mit dreiviertel Millionen Mark bestraft werden konnten, weil sie nach Meinung der Werksbesitzer noch zu wenig gearbeitet haben.

Glücklicherweise verbietet das Gesetz, daß sich die Unternehmer an den Strafgeldern der Arbeiter bereichern können; die Gelder müssen der Unterstützungskasse der Zeche zugeführt werden. Wäre das nicht, dann könnte man vielleicht noch ganz andere Dinge erleben. Aber indirekt haben die Bergherren einen sehr großen Nutzen von ihrem Strafrecht. Gegen unbeliebte Arbeiter wird es in ihrer Hand zur Zuchtrute, gegen Lieblinge dagegen zum Zuckerbrot, indem man ihnen gelegentlich Brocken aus der Unterstützungskasse zuwirft. Und zuletzt verschafft der Strafgelderfonds den Grubenbesitzern noch den Geruch besonderer Wohltätigkeit, den sie — wie uns dünken will — auf recht sonderbare Art verdienen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 14. Januar.

190. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare.

Eingegangen ist eine Interpellation Albrecht (SD.) über die Vorgänge in Zabern.

Präsident Kämpf: Im Preußischen Herrenhause hat ein Mitglied geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag im Volke aufgenommen wurde, darauf schließen ließ, daß die nationale Gesinnung überall im Wachsen begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerschaft lebendig war, habe vermissen lassen. (Zuruf links: Unerhört.) Ich gestehe selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, an dem Verhalten des Reichstages Kritik zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin eine Beleidigung des Reichstags, die ich von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Lebh. Beifall.)

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Mehrere Petitionen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der Gesellschaft für soziale Reform usw. auf reichsgesetzlichen Schutz der Arbeiter der Schwereisenindustrie beantragt die Kommission, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Ueberstunden, Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitsschutz und Beseitigung der Unsicherheit der Entlohnung verlangen, und zur Erwägung, soweit in ihnen gesetzliche Regelung der Pensionskassen verlangt wird.

Ein Antrag Arnstadt (K.) fordert Ueberweisung der ganzen Petitionen zur Erwägung.

Spiegel (SD.): Gegen die Bundesratsverordnung von 1908 wird von den Eisenindustriellen Sturm gelaufen. Wenn wir mit dieser Bundesratsverordnung auch nicht zufrieden sind, so hat sie doch das eine gute, daß wir den Eisenindustriellen nachweisen können, daß unsere Behauptungen in bezug auf Ueberstunden, auf die verlangte Arbeitsleistung usw. richtig sind. Aus der Statistik unseres Verbandes geht klar hervor, daß gegen die Verordnung in überaus zahlreichen Fällen verstoßen wird. Der Redner führt ein großes Zahlenmaterial zum Beweise hierfür an. Die gegenteilige Behauptung der Schwereisenindustriellen ist ganz und gar unrichtig. Den Gewerbeaufsichtsbeamten müssen Assistenten aus Arbeiterkreisen zur Seite gestellt werden, denn die Beamten sind gar nicht in der Lage, die Betriebe genügend zu kontrollieren, und werden bei der Kontrolle vielfach düpiert, die Ueberstunden und die Sonntagsarbeit wird vielfach gar nicht in die Listen eingetragen, um sie der Kenntnis der Beamten zu entziehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Folge der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft sind die traurigen Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwereisenindustrie. Ebenso ist hierauf die außerordentliche Vermehrung der Unfälle zurückzuführen, in der Metallindustrie haben sich die entschädigten Unfälle in 25 Jahren um 700 % vermehrt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Wort von der „gesicherten Existenz im Alter" trifft am allerwenigsten auf die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken zu. Ein Mann z. B., der 16 Jahre lang auf einem Werk zur vollen Zufriedenheit gearbeitet hatte, und um eine leichtere Arbeit nachsuchte, wurde ohne weiteres entlassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Als ein Arbeiter, der wegen seiner Agitation für den Verband entlassen wurde, sich hierüber mit dem Hinweis auf seine 17jährige Beschäftigung auf dem Werke beklagte, meinte der Direktor: „Was, der Mann ist schon 17 Jahre bei uns? Dann können wir ihn überhaupt nicht mehr gebrauchen, dann ist er abgearbeitet." (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei war der Arbeiter erst 31 Jahre alt. Vielfach kommt es vor, daß Arbeiter noch geprügelt werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Sehr wichtig ist auch die Forderung der Sicherung des Lohnes. Es kann heute vorkommen, daß ein Arbeiter 10 Wochen auf dem Werke festgehalten ist, ohne daß er weiß, was er verdient. — Der Antrag der Konservativen bedeutet eine Abschwächung, die umso weniger am Platze ist, als die Vorarbeiten für neue Vorschriften des Bundesrats im Gange sind. Freilich wird dabei nicht viel herauskommen, wenn die Arbeiter nicht selbst durch die Organisationen kräftig mitschieben helfen. Deshalb bitte ich Sie, dem Kommissionsantrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Giesberts (Ztr.): Die Großeisenindustrie ist es ihrer Ehre schuldig, die in ihr herrschenden Zustände zu bessern. 30 000 Arbeiter haben täglich, auch Sonntags, eine 12stündige, bei Wechselschicht sogar eine 24stündige Arbeitszeit. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Einführung des Achtstundentages wäre in der Schwereisenindustrie durchaus möglich. Die heutige 24stündige Wechselschicht ist eine Kulturwidrigkeit. Ich hoffe, daß die neue Bundesratsverordnung die Verhältnisse wirklich bessert. Zu den Konferenzen im Reichsamt des Innern sollten auch Vertreter der Gewerkschaften eingeladen werden, wobei den Arbeitern die Unkosten, auch die versäumten Schichten, vom Reich vergütet werden müssen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

Dr. Böttger (NL.): Wie es noch möglich ist, daß Arbeiter sich mißhandeln lassen, verstehe ich nicht. Jedenfalls muß gegen solche Mißhandlungen scharf vorgegangen werden. Das Material der Petitionen enthält zwar manches Beachtenswerte, ist aber doch einseitig. Die Frage des Achtstundentages in der Schwereisenindustrie halte ich für noch nicht spruchreif, gebe aber zu, daß die 12stündige Arbeitszeit angesichts der schweren Arbeit in dieser Industrie zu lang ist. Freilich findet die Verkürzung der Arbeitszeit ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Soll aber der Achtstundentag eingeführt werden, so müßte die Zahl der Arbeiter verdreifacht werden, und das kann die Großeisenindustrie in ihrer Allgemeinheit nicht leisten. Die Ueberstunden werden nicht willkürlich angesetzt, zumal sie für das Werk sehr teuer sind, sondern sind meist notwendig infolge von Reparaturen, Neu- und Umbauten usw. Auch werden sie vielfach ausgeglichen durch Minderarbeit. Daß sie durch zweckmäßige Arbeitseinstellung möglichst eingeschränkt werden müssen, liegt auf der Hand. Die Sonntagsarbeit ist ein großer Mißstand, ist aber vielfach, z. B. bei den Hochöfen, nicht zu umgehen. — Bei der Kommission, die die Beseitigung der 24stündigen Wechselschicht vorbereiten soll, müßten allerdings auch Arbeiter zugezogen werden. Den Wunsch, daß Fabrikinspektoren polizeiliche Strafbefugnisse erhalten, halte ich für ein gefährliches Experiment. — Wir werden für den Antrag der Konservativen stimmen (Hört, hört! b .d. Soz.), da wir nicht mit allen Forderungen der Petitionen einverstanden sind. (Beifall b. d. Natl.)

v. Gräfe (K.): Die Forderungen der Petitionen sind so einschneidend, daß es unmöglich ist, all ihre Konsequenzen zu übersehen. Daher kann man nicht ohne weiteres für alle diese Forderungen Berücksichtigung verlangen. Den Vorwurf der Einseitigkeit darf man nicht uns machen, man muß ihn vielmehr gegen die erheben, die die Sozialpolitik im übertriebenen Tempo fördern wollen. (Bravo! rechts.)

Sosinsky (Pole): Die Zustände in der Schwereisenindustrie sind so elend, daß die Regierung dem gegenüber unmöglich die Hände weiter in den Schoß legen darf. Wir stimmen dem Antrag der Kommission zu.

Windeck (Lothringer): Eine Verringerung der Arbeitszeit wäre im Interesse der Volksgesundheit nur zu begrüßen. Aber es stehen ihr schwere betriebstechnische und finanzielle Bedenken entgegen, denen ohne internationale Regelung der Arbeitszeit in der Groß-Eisenindustrie nicht Rechnung getragen werden kann. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie muß erhalten werden.

Haberland (SD.): Der Abg. v. Gräfe will die Petition deshalb nicht zur Berücksichtigung überweisen, weil er sich nicht für genügend sachverständig hält. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Bei Sachverständigen kann über die Notwendigkeit eines gesetzlichen Eingreifens in dieser Frage kein Zweifel bestehen, kommen doch in der Großeisenindustrie Arbeitszeiten von 36 bis 38 Stunden vor mit nur 4 Stunden Pause. In einem Düsseldorfer Betriebe wird ein Mann, der in einer Woche einmal 24 Stunden und einmal 36 Stunden hintereinander gearbeitet hat, den andern jetzt als Muster hingestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn die Unfälle gestiegen sind, so liegt das nicht an der Unvorsichtigkeit der Arbeiter, sondern an dem Fehlen von Unfallverhütungsmaßnahmen, vor allem an der Hetze zur Arbeit. Die unzureichenden Löhne werden noch gekürzt durch die vielen Strafen, die mit zum System der Antreiberei gehören. Das Prämiensystem verstößt geradezu gegen die guten Sitten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde gerade in der jetzigen schweren Krise leicht durchzuführen sein, die Industrie könnte sich dann in dieser Uebergangszeit auf die kürzere Arbeitszeit auch bei steigender Konjunktur einrichten. Mit dem Einwand der Konkurrenzfähigkeit kommt man immer, wenn für die Arbeiter etwas geschaffen werden soll. Im Interesse der Arbeiter und damit der Volksgesundheit ist schleuniges Eingreifen der Gesetzgebung in dieser Frage notwendig. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Burckhardt (WVgg.) spricht für den Antrag der Kommission.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag der Kommission wird angenommen gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation über Zabern. Gesetz über die Sonntagsruhe.)

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der deutsche Bauernbund gegen den Bund der Landwirte.

Am Sonntag hielt in Gnesen (Provinz Posen) der deutsche Bauernbund seine Versammlung ab, die von 600 Landwirten besucht war. Der Vorsitzende des Bundes, Abg. Wachhorst de Wente, referierte über die Leistungen und Arbeiten des Bundes. Er vertrat die alte Forderung: Aenderung der Kreisordnung für die Provinz Posen und erhob Klage darüber, daß der deutsche Bauer des Ostens von der Selbstverwaltung noch ausgeschlossen sei. Ferner forderte er eine andere Zusammensetzung der Ansiedlungskommission, in der die Großgrundbesitzer jetzt dominieren und in der der größte Gegner der Bauernansiedlung sich befinde, nämlich der bekannte Führer des Bundes der Landwirte, v. Oldenburg-Januschau. Bei der jetzigen Zusammensetzung könne die Kommission keine Fortschritte in der inneren Kolonisation haben. Unter der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow seien jährlich im Durchschnitt 1500 Bauernfamilien in Posen und Westpreußen angesiedelt worden, während im Jahre 1912 nur 607 Bauernfamilien und 257 Arbeiterfamilien untergebracht wurden. Wenn man bedenke, daß sich allein bei der Ansiedlungskommission in Posen für die Provinzen Posen und Westpreußen über 8000 Landwirte zur Ansiedlung gemeldet hatten, so sähe man, wohin der Kurs der Regierung münde, ganz in das Fahrwasser des Bundes der Landwirte und der preußischen Feudalkonservativen, die kein selbständiges Bauerntum in Preußens Ostmark wünschen.

Nach längerer Diskussion, in der auch mit dem Bund der Landwirte abgerechnet wurde, nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die Versammlung des Deutschen Bauernbundes bedauert, daß trotz der wiederholten Bekenntnisse der Regierung zu dem bisherigen Kurse tatsächlich ein Stillstand in der Betätigung einer kraftvollen Polenpolitik eingetreten ist. Sie verlangt den energischen Ausbau der Bodenpolitik durch eine planmäßige und zahlreiche Ansiedlung von deutschen Bauern, die jetzt zum Stillstand gekommen ist. Sie fordert endlich Taten statt leerer Worte und Versprechungen. Sie verurteilt aufs schärfste die bisher übliche Zurücksetzung des Bauernstandes und einseitige Bevorzugung des Großgrundbesitzes in der Verwaltung und in den Organisationen der Ansiedlung und fordert auch hier gleiches Recht für alle.

Im Anschluß hieran spricht die Versammlung die bestimmte Erwartung aus, daß die Vertreter des Deutschen Bauernbundes im preußischen Landtag mit aller Energie für eine Reform des preußischen Landtagswahlrechts auf der Grundlage der geheimen und direkten Wahl tätig sind."

Hakatistengelüste finden demnach auch im Bauernbund eine warme Stätte.

Der preußische Handelsminister gegen den Warenhandel der Beamten.

Die Klagen, die der preußische Handelsminister Sydow besonders von den Mittelständlern hat fortwährend hören müssen, haben folgenden Ukas des Ministers gezeitigt:

---

des Offizierzimmers, einen zweiten, gleichsam trotzigen, die Straße hinab, und schlüpfte mit raschem Entschluß in den Laden. „Irgend etwas Kühlendes ins — Damenzimmer," sagte sie kurz und trat in das stille Gemach, das in seiner Einsamkeit und seinem Dämmer, mit der eleganten und dennoch behaglichen Einrichtung, mit dem Blick aus den Fenstern auf einen stillen, üppig grünenden und blühenden, im vollen Mittagslicht träumenden Garten, für Herz und Stimmung, wie Anna in diesem Augenblick sie in sich fühlte, allerdings kaum passender und verlockender gedacht werden konnte.

Es sah, um einmal den Ausdruck zu gebrauchen, seltsam in der jungen Frau aus, und gut wenigstens war dies Seltsame nicht. Alles in ihr war wieder einmal voll von treibenden, schweren und auch wieder stürzenden Gedanken, von wunderlich gemischten, schweren und scharfen, bangen und — leichten Gefühlen, voll von Ernst und Gleichgültigkeit. Das Manuskript des Gatten, das sie vor einigen Tagen gelesen, hatte sie ernster und nachhaltiger ergriffen als Richard es irgend vorausgesetzt, als sie selber es bisher jemals empfunden. Es wurde ihr jetzt, in Erinnerung an die Lektüre, fast noch geprägter zumut, als während sie diese Aufzeichnungen wirklich gelesen. Sie hatte so etwas nie in Richard gefürchtet, sagte sie sich nun, weil sie mit einem Nachklang romantischer Jugendträumereien schier ein Verbrechen darin fand, daß der sie liebende Mann sich, mit solchen Erinnerungen, ihr zu nahen, um sie zu werben gewagt hatte. Sie hatte es aber auch nie in dem leichtlebigen, fidelen, „jeconlosen" Gatten gesucht, weil sie ihm solche Tiefe und Wärme einerseits, und auf der andern Seite solche Anziehungskraft niemals zugetraut.

Also war er doch nicht der unbedeutende Mensch, den nur sie gewissermaßen zu sich heraufgehoben, in törichter verschwendeter Liebe und Zärtlichkeit! Er hatte auch eine andere für sich zu interessieren vermocht, und kein Bürgerkind, keine Tochter einer kleinen Stadt, für welche ein Mann von Richards Stellung doch immer noch etwas Lockendes haben konnte, sondern die reiche, schöne, junge, glückliche „Komtesse", eine vornehme Dame, ein reines Herz, nicht etwa eine gelangweilte und leichtfertige Frau! Und sie war so die seine gewesen, daß sie alles für ihn zu opfern entschlossen! Sie war so die seine gewesen, daß sie sieben Jahre später noch immer nicht die alten Gefühle überwunden, daß sie selbst damals — vielleicht noch jetzt? — nur auf seinen Ruf wartete, der sie in seine Arme führte! — Und Richard — Anna war darin selbst jetzt gerecht genug — war kein Verführer, kein leichtsinniger Mensch, dem Ehre und Ruf einer Frau etwas Gleichgültiges. Die Ehrenhaftigkeit und Reinlichkeit bei jenem Ringen und Kämpfen, von dem er in seiner Erzählung dieser Geschichte berichtete, war keine Redensart, sondern etwas, das wirklich noch heut in ihm wie damals, das einen Grundzug seines Wesens bildete. Auch so war er es gewesen, der diese Verhältnisse in seinem Sinne geordnet, er! Und wie schwer es ihm geworden, wie er sich dadurch beherrscht gefühlt, das bewies jene Schlußaufzeichnung, nach sieben Jahren, kurz vor jener Zeit, da die Bekanntschaft mit Anna begonnen.

Sie wußte freilich, daß noch Jahr und Tag hingegangen, bevor er ihr näher getreten war, — aber — war es denn möglich, daß in dieser Zeit sich all die alten Träume und Bilder aus ihm gänzlich verloren, daß er ihr dann wirklich ein freies Herz dargeboten? Ein freies Herz? Und das Manuskript, die Schilderung jener Erlebnisse, lag seiner Hand so nahe, daß sie es stets erfassen und aufblättern konnte, daß sein Auge und Herz sich stets so leicht — vielleicht auch so gern — darin zu versenken vermochten? Er hatte ihr so viel, er hatte ihr alles mitgeteilt — nur dies eine nie, nicht durch die leiseste Andeutung! — Also war es dennoch fortwährend in ihm und — war es dies, was zwischen ihm und der Gattin stand, was Anna so oft und oft an dem Gatten ein unbestimmtes Etwas schmerzlich vermissen, traurig hatte ersehnen lassen? —

Jetzt freilich war dies Vermissen und Sehnen vorbei, sagte sich die erregte junge Frau; auf einen Kampf mit solchen Erinnerungen ließ sie sich nicht ein; sie war eben auch hier zurückgesetzt, sie war auch hier nur auf sich angewiesen von Richard, und sollte auch hier wieder einsam bleiben, — im Herzen, wie sie es im Leben war. Sie und ihren Schmerz verstand nur ein Mensch, ein Mann jener Kreise, die ihr Gatte „haßte und verachtete", ein junges, und doch ein tiefes, warmes, treues Herz — Leo! — Sie wußte es nun, weshalb sein, vor ihr einmal ausgesprochener Name sie stets so angenehm berührt, einen so eigenen und doch so hellen Wiederklang in ihrem Herzen gefunden; weshalb sie von Anfang an den jungen Mann bei einer gelegentlichen Begegnung immer mit so freundlichen Blicken hatte beobachten müssen. Es war Sympathie der Seelen! — O, Leo von Vogelsberg verstand sie, und das, was er sie gestern Abend hatte in seinem Herzen erschauen lassen — konnte sie ihm deshalb zürnen, deshalb ihn verstoßen? — Die Frage war seit diesem vorigen Abend stets von neuem in ihr aufgeworfen und debattiert worden, möchte man sagen, und zu einer festen Antwort war Anna noch nicht gekommen. Nur das eine stand entschieden in ihr fest: deswegen, der sie niemals so geliebt, wie sie es ersehnte, wie sie es verdiente, wie sie es ihm entgegengetragen hatte, wollte und mußte sie sich mehr entziehen, sie wollte fortan nicht mehr seine „Sklavin" sein, sondern gleich neben ihm stehen, ein freier Mensch, mit eigenem Willen. Und um nun gewissermaßen eine erste Probe mit diesem eigenen Willen zu machen, ging sie, gegen Richards oft ausgesprochene Wünsche, nun erstmal in Fornaris Konditorei. — Es geht oft wunderlich zu im Leben.

[Fortsetzung folgt.]

„I. Es ist den Beamten ebensowenig wie anderen Personen verwehrt, gemeinschaftlich Waren für ihren Bedarf einzukaufen. Der Zweck, gute Ware zu billigerem Preise als im Wege des regelmäßigen Handelsverkehrs zu erhalten, wird allerdings dabei oft nicht erreicht, besonders wenn die Besteller nicht warenkundig genug sind, oder wenn unnötig große Mengen beschaft werden. Dagegen sind die Klagen des Kaufmannstandes über gemeinschaftliche Warenbezüge von Beamten berechtigt, wenn die Besteller dabei zu Handelsgeschäften übergehen; das ist der Fall, wenn sie Einkauf und Verteilung nicht mehr unentgeltlich, sondern nach Zusicherung oder in der durch die Erfahrung gerechtfertigten Erwartung eines persönlichen Vorteils besorgen. Es muß von den Beamten erwartet werden, daß sie sich derartiger Geschäfte enthalten; sie würden zu ihrem Betriebe überdies der Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde bedürfen, sobald die Tätigkeit den Entschluß erkennen läßt, die Geschäfte zum Zwecke der Gewinnerzielung zu wiederholen. Die nach der Preußischen Gewerbeordnung erforderliche Erlaubnis zum Gewerbebetriebe darf in derartigen Fällen nicht erteilt werden.

II. Wenn Beamte es unternehmen, gemeinsam Waren für ihren häuslichen Bedarf zu beziehen, so dürfen sie hierzu weder Dienststunden noch Diensträume noch andere dienstliche Einrichtungen benutzen. Dies Verbot bezieht sich nicht nur auf die einstweilige Lagerung und Verteilung der Waren, und auf die Benutzung von Botengängen oder Aktenwagen, sondern es dürfen auch ohne die ausdrückliche und in jedem Einzelfalle erforderliche Ermächtigung der Behörde in den Diensträumen Listen zur gemeinschaftlichen Bestellung von Waren weder ausgelegt noch in Umlauf gesetzt werden. Die Ermächtigung darf nur erteilt werden, wenn ein dienstliches Interesse vorliegt. Das sogenannte „Behördengeschäft" ist mithin nicht zu dulden."

Die Mittelständler werden von diesen neuen Vorschriften für die preußischen Staatsbeamten nicht völlig befriedigt sein; sie verlangen radikales Verbot des Warenhandels der Beamten, weil die Beamten den Händlern und Kaufleuten den Gewinn schmälern können. Die Beamten sollen also auf dem Wirtschaftsgebiet minderen Rechts sein. Hierzu hat sich der Handelsminister nicht hergegeben.

Aus der Partei.

Richard Beyer tot. Am Montag mittag verstarb in Leipzig Genosse Richard Beyer, der Vorsitzende der Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung" und Geschäftsführer des Volkshauses in Leipzig. Geboren 1859 in Schönefeld bei Leipzig, trat er schon als junger Mann in die Bewegung ein, der er sich unter dem Ausnahmegesetz bereits in unermüdlichem Eifer widmete. Der Aufbau der vom Schandgesetz zertrümmerten Gewerkschaftsbewegung war eine seiner glanzvollsten Taten. Der junge Maurer war einer der tüchtigsten Agitatoren für die Fachvereine. Mit anderen Genossen zusammen gründete er 1883 den Leipziger Maurerfachverein, war dann dessen Führer und der Leiter seiner Lohnbewegungen, wofür ihn oft genug die Rache der Unternehmer traf. Auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongreß war Beyer als Delegierter und 1890 wirkte er hervorragend bei der Gründung des Leipziger Gewerkschaftskartells mit, des ersten Kartells der Gewerkschaften überhaupt. Ueberall gemaßregelt, übernahm er Mitte der 90er Jahre das Lokal „Stadt Gotha" in der Großen Fleischergasse; 1904 beriefen ihn die Leipziger Genossen zum Geschäftsführer ihres Volkshauses. Die wachsende Last der Parteiämter machte es ihm mehr und mehr unmöglich, sich in alter Weise gewerkschaftlich zu betätigen. 1912 wurde er zum Stadtverordneten gewählt. Längere Zeit hindurch hatte er den Vorsitz im Sozialdemokratischen Wahlverein für den 12. Reichstagswahlkreis, im Agitationskomitee (jetzigen Bezirksvorstand) für den Leipziger Kreis und in der Preßkommission der „Leipziger Volkszeitung". Er gehörte mit zu den Schöpfern der Leipziger Volkszeitung und hat seine besten Kräfte in ihren Dienst gestellt. In inneren Parteifragen wußte er stets mit kluger Zurückhaltung zu vermitteln, ohne seiner grundsätzlichen Auffassung etwas zu vergeben. Die Einheit der Bewegung war stets sein Ziel. Die Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zu dem Schwindel über die Erbschaft Bebels sandte der Parteivorstand dem „Berliner Tageblatt" folgende Zuschrift:

„Sie bringen in Ihrer heutigen Montagmorgenausgabe Nr. 19 aus Zürich ein Telegramm, nach welchem die Erben Bebels nunmehr bei den Schweizer Behörden die Nachlaßsteuer auf das von Bebel hinterlassene Vermögen gezahlt hätten. Der Nachlaß würde sich auf genau eine Million Mark belaufen. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß diese Nachricht falsch ist. Weder ist von Bebels Erben bisher eine Nachlaßsteuer gezahlt worden, noch wird eine solche, wie bereits in der Nummer des „Vorwärts" vom 7. Januar 1914 festgestellt wurde, in Zukunft entrichtet werden. Nach dem im Kanton Zürich geltenden Erbschaftssteuergesetz sind nämlich sowohl die Ehegatten eines Verstorbenen, wie auch dessen Kinder und Eltern von der Zahlung der Erbschaftssteuer befreit.

Was endlich die Höhe des Nachlasses anbetrifft, so beträgt der Nachlaß Bebels noch nicht einmal ein Drittel der oben angegebenen Summe.

Wir ersuchen Sie deshalb um eine gefl. Richtigstellung der in Ihrer heutigen Morgennummer gebrachten falschen Angaben jenes Züricher Telegramms.

Hochachtungsvoll Herm. Müller."

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt zu dieser Richtigstellung, daß es die letzte Schwindelnotiz dem Nachrichtenbureau Telegraphenunion entnommen habe.

Russische Polizeipraktiken in Köln.

Zu Beginn der Dienstagmorgen-Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß Polizeiinspektor Kautz und Direktor Holländer vom Amerikanischen Vergnügungspark als Zeugen erschienen sind. Der Polizeipräsident nimmt das Wort zu längeren Erklärungen: Wenn er auch jetzt überzeugt sei, daß völlige Klarheit über etwaige Mißstände notwendig sei, so müsse er sich doch gegen die Methode des Angeklagten und der Verteidigung wenden, sich immer wieder auf neues Beweismaterial zu berufen und dann auf die Zeugen zu verzichten. Als sich der Präsident schließlich gegen die Art des Verfahrens wendet, wird er vom Vorsitzenden zurechtgewiesen. — Die Verteidigung beantragt nunmehr die Ladung des Untersuchungsrichters, der über die Aussagen der 20 vernommenen Schutzleute berichten soll. Das Gericht beschließt, jene Beamten zu laden, die auf die bestimmten Fragen des Untersuchungsrichters ihr Zeugnis verweigerten. — Ausführlich wird dann Direktor Holländer vernommen. In längeren Ausführungen sucht er sich gegen die im Laufe der Verhandlungen aufgestellten Behauptungen über sein Unternehmen zu verwahren und gibt eine Darstellung seiner Beziehungen zur Polizei. Ungehörigkeiten und Zechgelage seien nicht vorgekommen, Geschenke habe er auch nicht gemacht. Nur einem Beamten habe er ein Darlehen gegeben, mit dem er dienstlich nichts zu tun gehabt habe. — Verteidiger Mertz: Haben nicht entgegen dem schriftlichen Vertrag bei den Vertretungskonzessionen noch andere Uebertragungsbedingungen bestanden? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. — Verteidiger: Sind nicht in dem Sektpavillon Gelage von Inspektoren veranstaltet worden? — Zeuge: Mir ist der Sektpavillon nicht unterstellt gewesen. — Der Polizeikommissar Streichert wird befragt, was mit den Anzeigen gegen Holländer geschehen sei. — Zeuge: Insgesamt sind gegen Holländer und die anderen Lokalinhaber 165 Anzeigen erstattet worden. Ein Schutzmann hat mir bei seiner Anzeige sogleich gemeldet, daß die Inspektoren Kautz und Votsch bis 4 Uhr morgens im Sektpavillon gezecht hätten. Hier ist eine Zeit lang der frühere Bureauschreiber des Inspektors Kautz als Wirt tätig gewesen. — Der Polizeipräsident beantragt sofort als Nebenkläger zugelassen zu werden, was das Gericht im Einverständnis mit der Verteidigung beschließt.

Unter allgemeiner Spannung beginnt dann die Vernehmung des Inspektors Kautz. Er entschuldigt sein Ausbleiben; er hätte sonst manchen Irrtum in den bisherigen Aussagen berichtigen können. Geschenke habe er oft bekommen, aber nicht unter Verletzung der Dienstpflicht. Er habe viele Freunde gehabt, viel genommen, aber auch viel gegeben. Der Zeuge hält eine lange Rechtfertigungsrede, offenbar Wort für Wort lange vorher überlegt. Der Einfluß der Polizei-Inspektoren auf die Konzessionen ist nach seiner Behauptung gering. Der Vorsitzende macht den Zeugen auf das Recht der Zeugnisverweigerung für bestimmte Fälle aufmerksam. Als es dann zur Erörterung der Einzelfälle kommt, verweigert der Inspektor häufig die Aussage; manches gibt er aber auch offen zu. — Vors.: Die Frühstückskörbchen sind immer an die Frauen gegangen? — Zeuge: Ja, aber das war ja nur Formsache. (Heiterkeit.) — Vors.: Und wie steht es mit dem baren Gelde? Es ist doch sonderbar, daß sich angeblich gute Freunde mit Geldscheinen beschenken. — Zeuge: Das war meist für die Kinder. Ich habe meiner Frau gesagt, sie solle das Geld zurückschicken, aber sie hat es dann meist in der Wirtschaft verbraucht. — Vors.: Sie haben doch sehr oft Sekt getrunken. — Zeuge: Na ob! (Allgemeine stürmische Heiterkeit.) — Vors.: Und Sie haben doch sehr oft mehr als gut gegessen. Konnten Sie denn das bei Ihrem Salär bezahlen? — Zeuge: Ja. — Als der Verteidiger Mertz dann weiter von den Gastereien spricht, sagt Zeuge: Sie, Herr Rechtsanwalt, habe ich ja auch schon oft bei Wolf getroffen. — Verteidiger: Aber ich habe immer selbst bezahlt. — (Andauernde Heiterkeit.) — Immer wieder sucht sich der Zeuge herauszureden, daß er wohl Geschenke angenommen, sich aber nicht strafbar gemacht habe.

Sensation erregt dann die Aussage des Baugewerksmeisters Jung: Ich habe etwa 10mal die Herren Votsch und Kautz oben in der Bar des Ring-Café bei Sektgelagen angetroffen; einer der Herren war einmal so betrunken, daß er keine drei Schritte gehen konnte. (Allgemeine Bewegung.) — Vors.: Wer war den das? — Zeuge: Herr Kautz. (Erneute Bewegung.) — Der Wirt des Café, Herr Hoffmann, so sagte der Zeuge weiter, wollte die Nachtkonzession haben. Er hat mir gesagt: ich bekomme sie schon und er hat sie später auch als erster erhalten. — Vors.: Ist vielleicht ein Irrtum in der Person möglich? — Zeuge: Das ist absolut ausgeschlossen.

Inspektor Kautz: Ich bin doch da immer in Zivil gewesen. — Zeuge Jung: Aber Herr Kautz, Sie haben doch noch einem andern Herrn Ihren Säbel geborgt. (Heiterkeit.) — Der Wirt Hoffmann vom Ring-Café gehört zu den plötzlich Erkrankten; er soll am Mittwoch kommissarisch vernommen werden.

Der Polizeirat Emmering äußert sich über die Vigilantengelder, wobei er über die Höhe der Gelder für die politische Vigilanz die Aussage verweigert. Polizeipräsident: Ich bekomme für für diese Zwecke von Berlin aus Gelder aus einem besonderen Fonds; nähere Angaben verweigere ich. — Angekl. Sollmann: Die Polizei unterhält auch Spitzel in unserer Partei in Köln. — Vors.: Das gehört nicht hierher.

Der frühere Hilfsschutzmann Schmidt schildert einen Fall, in dem eine Anzeige gegen einen Bäckermeister unterdrückt worden sei, der dem zuständigen Polizeikommissar Gebäck gesandt habe. Der Zeuge legt ein Zeugnis von der Polizei vor, worin ihm einige geringfügige disziplinarische Vergehen attestiert wurden. — Angekl. Sollmann: Sie sehen also, Herr Polizeipräsident, daß entgegen Ihrer Behauptung solche Zeugnisse ausgestellt werden. — Präs.: Mit meinem Wissen jedenfalls nicht. — Ein Regierungsassessor berichtet über die Handhabung der Konzessionsgewährungen. Diese stützten sich zunächst auf die Angaben der Polizeikommissare und Inspektoren. — Der Zeuge Spediteur Friedrich Licht ist nicht aufzutreiben und es wird auf seine Zeugenaussage verzichtet.

Es kommen nunmehr die kommissarischen Vernehmungen zur Verlesung. Der Kommerzienrat Brauereibesitzer Bardenhauer kann sich nicht mehr erinnern, gesagt zu haben, man müsse zur Erlangung von Konzessionen 100—150 Flaschen Wein an den Inspektor Kautz senden. Auf die Frage, ob er dem Inspektor Kautz und Votsch Zuwendungen gemacht habe, verweigert er die Aussage, bei der er sich selbst strafbar machen würde. (Allgemeine Bewegung.) — Der Zeuge Köhler, Inhaber einer Bar, in der die Inspektoren oft verkehrten, kann sich auf nichts mehr besinnen, ebenso der Inspektor Landschultz, der wegen seiner schweren Krankheit überhaupt nicht vereidigt werden konnte. — Polizeiinspektor Votsch: Herr Bardenhauer hat nur meiner Frau Geschenke geschickt, direkte Zuwendungen an mich sind meines Wissens nicht erfolgt.

Dann wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Morgen kommen nur noch wenige Zeugen zur Vernehmung, alsdann beginnen die Plädoyers.

Gewerkschaftsbewegung.

Tariferneuerung in den Rauchwarenzurichtereien. Die zwischen dem Deutschen Kürschnerverband und dem Arbeitgeberverband der Zurichtereibesitzer abgeschlossenen Tarifverträge für Leipzig, Hamburg und Berlin wurden durch die Arbeiter im September 1913 zum 31. Dezember gekündigt. Die Kündigung war erfolgt, um die neunstündige Arbeitszeit für Leipzig und Hamburg einzuführen, außerdem eine Erhöhung der Lohntabellen und bessere vertragliche Bestimmungen zu erzielen; in Leipzig und Hamburg betrug bisher die Arbeitszeit 9½ Stunden. Bei den Verhandlungen stimmten die Unternehmer einer Erhöhung der hauptsächlich in Betracht kommenden Löhne von 6—10 Prozent zu, machten diese aber davon abhängig, daß die Gehilfen gewillt sein müßten, die Unternehmer im Kampfe gegen die Rauchwarenhändler und Schleuderer in der Weise zu unterstützen, daß die Gehilfen nur bei organisierten Unternehmern arbeiten, wohingegen sich die Unternehmer verpflichten, nur im Deutschen Kürschnerverband organisierte Gehilfen zu beschäftigen. Von diesem jetzt wieder verlangten gegenseitigen Organisationszwang, der ab 1909 bestand, waren die Unternehmer bei der Aussperrung 1911 zurückgetreten. Die bitteren Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben augenscheinlich die Zurichtereibesitzer belehrt, daß sie mit der damaligen Aussperrung und mit allem, was damit zusammenhängt, einen großen Fehler gemacht haben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit lehnten die Unternehmer ab, unter Hinweis auf die stark ausgeprägte Saisonarbeit, die es mit sich bringe, daß nur die wenigste Zeit voll gearbeitet wird und in der Saison auch keine Ueberstunden gemacht werden. Mit einer Bestimmung, die besagt, daß die in den Lohntabellen vorgesehenen Preise zu bezahlen sind, gleichgültig, ob die Arbeiten von gelernten oder ungelernten Arbeitern verrichtet werden, erklärten sich die Unternehmer einverstanden; weiter waren sie damit einverstanden, daß in Zukunft der Vertrag nicht mehr am 31. Dezember, sondern am 15. Januar abläuft. Zu dem Resultat der Verhandlungen nahm am Sonnabend, dem 10. Januar, eine Versammlung für Leipzig und Umgebung, woselbst über 90 % der in Betracht kommenden Gehilfen arbeiten, Stellung. Der Vertrag wird für drei Jahre abgeschlossen. Die Abstimmungen für Hamburg und Berlin werden in den nächsten Tagen stattfinden. Die beteiligten Arbeiter hatten vor der Tarifkündigung beschlossen, bei einem eventuellen Kampfe die ersten 14 Tage auf jedwede Unterstützung zu verzichten und dann mit einer Unterstützung in Höhe der Arbeitslosen einverstanden zu sein.

Ein Organ der Gelben. Am 10. Januar ist die erste Nummer der „Mitteldeutschen Rundschau", Organ der Werkvereine in Frankfurt a. M. und Umgegend erschienen. Tausende von denkenden Arbeitern sollen nach der Ankündigung in Frankfurt sich zu den Prinzipien der Werkvereine bekennen. Der Inhalt der ersten Nummer ist, trotzdem es sich um eine Doppelnummer handelt, recht dürftig. Außer zwei Aufsätzen zur Einführung in das Wesen oder richtiger Unwesen der Werkvereine enthält sie nur einen Rückblick auf das Jahr 1913, der im Kriegervereinsstil von den Angriffen auf Krupp und das Heer und über die Vorfälle in Zabern spricht. In den Einführungsartikeln soll den Lesern das Verderbliche des Kampfcharakters der freien Gewerkschaften und das warme Herz der Unternehmer für „ihre Arbeiter" und ihre Liebe zur Sozialpolitik klargemacht werden. Arbeitern solche Kost zuzumuten, ist ein starkes Stück. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter kann trotz allen zeitweiligen Schwankens an dieser Art der Werkvereine keinen Gefallen finden.

Gewerkschaftskonferenz für Württemberg. Das Bezirkskartell der Gewerkschaften für Württemberg und Hohenzollern hielt am letzten Sonntag in Kannstatt eine Landeskonferenz, die sich mit der Arbeitslosigkeit und den Erfahrungen bei den Krankenkassenwahlen beschäftigte. Nach einem instruktiven Referat des Arbeitersekretärs Mattutat wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine reichsgesetzliche, alle Arbeiter und Angestellten umfassende Arbeitslosenversicherung und bis zu deren Durchführung die staatliche Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung sowie Gewährung von staatlichen Zuschüssen an diese fordert. Auch wird die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Löhnen, sowie die Stundung der Staats- und Gemeindesteuern für Arbeitslose und für Handwerker und Geschäftsleute, die nachweislich durch die Wirtschaftskrise in Not geraten sind, betont. Ueber die zurückliegenden Krankenkassenwahlen referierte der Sekretär der Stuttgarter Gewerkschaften Gen. Haarer. Das Ergebnis dieser Wahlen, so führte er aus, sei für die Gewerkschaften nicht besonders befriedigend. Die in weiten Arbeiterkreisen in Sachen der Arbeiterversicherung noch herrschende Interesselosigkeit habe eine ungenügende Wahlbeteiligung verschuldet. Die gegnerischen Gewerkschaften haben sich vielfach mit den Unternehmern verbunden. Die Folgen dieser Taktik würden die Vertreter der christlichen und anderer Gewerkschaften in den Krankenkassen in den nächsten vier Jahren zu spüren bekommen. Diese Angriffsflächen müßten jetzt von den freien Gewerkschaften ausgenutzt werden. Es gelte auch, die weiblichen Kassenmitglieder aufzuklären und zu organisieren, damit der Einfluß der „Damen der besseren Stände", der diesmal in Erscheinung trat, mattgesetzt werde. Bei den freien Gewerkschaften habe die Arbeit unter dem Mangel an Mitteln und unter der nebenamtlichen Erledigung gelitten. Der Redner trat daher für die Schaffung eines Bezirkssekretariats ein, das auch zur Vertretung der Interessen der Versicherten beim Oberversicherungsamt eine unbedingte Notwendigkeit sei. — In der Diskussion traten alle Redner dieser Ansicht bei, und in einer angenommenen Resolution wird an den nächsten Gewerkschaftskongreß das dringende Ersuchen gerichtet, die Mittel für die Erfüllung dieser Aufgaben in ausreichendem Maße zu bewilligen. Falls der Gewerkschaftskongreß dieser Erwartung nicht entspricht, soll eine außerordentliche Bezirkskonferenz über die Aufbringung der Mittel zur Errichtung eines Bezirkssekretariats beraten. Für die Jahre 1913 und 1914 wurde der von den Ortskartellen an das Bezirkskartell zu leistende Beitrag auf 5 Pfg. pro Mitglied und Jahr festgesetzt.

Soziales.

Zum Konflikt zwischen Aerzten und Krankenkassen. Die Konferenz, die am Montag mit den Vertretern der Aerzte im Reichsamt des Innern stattfand, ist resultatlos verlaufen. Es sollen nun zunächst die Verhandlungen abgewartet werden, die am Mittwoch in Breslau stattfinden. Die Vertreter der Aerzte erklärten, daß der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen würde, wenn die Regierung nicht dafür sorge, daß die Kassen sich den Wünschen der Aerzte fügen. In Zittau verhängte der Aerzteverein über die dortige Ortskrankenkasse für die Gewerke die Sperre. Die Kassenmitglieder sollen von den Aerzten nur zu doppelten und dreifachen Honorarsätzen behandelt werden.

Einführung der Arbeitslosenversicherung in Dessau. Dem lebhaften Drängen der organisierten Arbeiterschaft, eine städtische Arbeitslosenversicherung einzuführen, hat der Magistrat der anhaltischen Residenz endlich nachgegeben. Eine Gemeinderatssitzung, die am nächsten Donnerstag stattfindet, hat sich mit einer Vorlage des Magistrats zu beschäftigen, in der eine städtische Arbeitslosenversicherung gefordert wird. Die Vorlage des Dessauer Magistrats lehnt sich an keins der bestehenden Systeme an, sondern sie will eine Versicherung für alle Arbeiter schaffen. Die Zahl der unter die Versicherung fallenden Arbeiter in Dessau beträgt etwa 11 000, von denen über 5000 gewerkschaftlich organisiert sind. Diese Tatsache gibt dem Magistrat Anlaß zu der Bemerkung, daß die Arbeitslosenversicherungssysteme, die nur die Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigen, ungerecht sind, und daß nur eine Versicherung gerecht ist, wenn sie alle Kreise der Arbeiter unterschiedslos umfaßt. Der Magistrat schlägt vor, daß die Stadt Dessau ein Grundkapital von 10 000 Mark zur Verfügung stellt und in jeden Etat eine Summe von vorläufig 3000 Mark einsetzt. Die Teilnehmer der Arbeitslosenversicherung müssen eine bestimmte Zeit in Dessau ihren Wohnsitz haben und durch Beiträge, die nach Gefahrenklassen abgestuft werden sollen, an der Versicherung beteiligt sein. Die Unterstützung soll pro Arbeitstag für Ledige 70 Pfg. und für Verheiratete 1 Mark bis 1,25 Mark, je nach den Familienverhältnissen, betragen. Der Magistrat rechnet damit, daß die Arbeitslosenversicherung im nächsten Winter in Kraft treten kann.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein sehr empfindlicher Gelber. Wegen Beleidigung hatte in Görlitz ein gewisser Schlosser Reimer vor dem Schöffengericht eine Geldstrafe von 5 Mark wider einen Metallarbeiter Krömer erwirkt. Reimer war eines Tages mit einem Schlosser Lucas zur Arbeitsstelle gegangen. Als Krömer, der auf einem Rade angefahren kam, an den beiden vorbeifuhr, rief er dem Lucas scherzhaft zu: „Lucas, laß Dich nicht anfärben!" Dadurch fühlte sich Reimer in den Augen seines Kollegen verächtlich gemacht, lief zum Kadi und erzielte die Bestrafung des „Schwerverbrechers". Von der Berufungsinstanz wurde festgestellt, daß Reimer erst Mitglied des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins gewesen ist, später in eine freie Gewerkschaft übertrat, es jedoch dort auch nicht lange aushielt und schließlich im gelben Werkverein landete, dem er noch heute angehört. Die Strafkammer erblickte in dem scherzhaften Zuruf keine Beleidigung und sprach den Rufer Krömer frei.

Aus Nah und Fern.

Verzweiflungstat einer Mutter. Im Hause Röntgenstraße zu Charlottenburg hat sich Dienstag abend eine Familientragödie abgespielt, der eine Mutter und ihr Kind zum Opfer gefallen sind. Nach einem ehelichen Streit sucht sich dort die 22 Jahre alte Frau des Briefträgers Wegener mit ihren beiden kleinen Kindern zu vergiften. Die Tat wurde in der elften Nachtstunde entdeckt, als der Mann von seinem Dienst zurückkehrte. Er fand seine Frau und seine beiden sechs und zwei Jahre alten Kinder leblos auf dem Fußboden der vollständig mit Gas angefüllten Wohnung liegen. Sämtliche Gashähne standen offen. Ein Arzt stellte Wiederbelebungsversuche an, die aber nur bei dem älteren Kinde von Erfolg waren. Bei dem zweijährigen Knaben und der Mutter kam jede Hilfe zu spät, da der Tod bei beiden schon eingetreten war. Die Leichen wurden beschlagnahmt. Das zweite Kind fand im Krankenhaus Westend Aufnahme.

Opfer der Arbeit. Auf einem Schacht der „Phönix-Grube" bei Königshütte sind ein Schlosser und ein Hauer durch herabstürzende Kohlenmassen verschüttet worden. Beide sind tot. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein Hauer durch einen herabfallenden Hammer erschlagen.

Hinrichtung einer Frau. Dienstag früh wurde im Hofe des Zentralgefängnisses zu Kottbus die Witwe Minna Köckeritz aus Drebkau, die am 28. Juni vorigen Jahres vom Landgericht Kottbus wegen Ermordung des mit ihr in wilder Ehe lebenden Arbeiters Karl Fröhlich zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet.

Der Arbeiter von Gottes Gnaden. Das „Berliner Tageblatt" meldet: Der Kaiser hat vor kurzem in Uebereinstimmung mit seinen Leibärzten eine Arbeitskur durchgemacht. Im Park von Sanssouci, unterhalb der Maulbeerallee, war der Kaiser Tag für Tag beschäftigt, mit einem Arbeiter, den die Hofgartenverwaltung zur Verfügung stellte, Holz zu zersägen und mit der Axt zu zerkleinern. Während des Vormittags wurden größere Portionen Brennholz fertiggestellt, die der Kaiser dann selbst aufschichtete. Der Arbeiter erhielt zur Belohnung das zerkleinerte Holz. Bei diesen Arbeiten trug der Kaiser gewöhnlich die Hofjagduniform.

Verkannt — erkannt. Eine kleine, aber bezeichnende Begebenheit, für deren Richtigkeit die Straßburger „Neue Ztg." einsteht, hat sich im Reutterprozeß in Zabern abgespielt. Unter den Zuhörern befand sich die Frau eines Richters, der Staatsangehörigkeit nach Preußin. Im Laufe der Verhandlungen richtete die Dame an ihren Mann die Frage, was das denn für eine Uniform sei, die der Verteidiger anhabe. „Der Verteidiger hat doch keine Uniform, der trägt die Robe", erwiderte der Richter. „Aber nein", fährt die Dame fort, „der Verteidiger hat doch die hübsche blaue Uniform an; mach' doch Deine Augen auf: der Herr steht doch rechts vom Kriegsminister hinter dem hohen Pult." „Du irrst", meint der Richter, „der Verteidiger, den Du meinst, das ist der Ankläger!"

Verzweiflungstat zweier Siebzehnjährigen. Zwischen den Städtchen Schönwalde und Mühlenbeck der Liebenwalder Kleinbahn spielte sich vorgestern abend um 11 Uhr auf dem Bahngleis ein Liebesdrama ab. Der 17jährige Buchhalter Paslak in Schöneberg und das gleichaltrige Dienstmädchen Kunzig warfen sich, um gemeinsam zu sterben, vor einen Personenzug. Paslak wurde der Brustkorb eingedrückt und ein Bein abgefahren. Er starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen im Reinickendorfer Krankenhaus. Das Mädchen ist wunderbarerweise mit dem Schrecken davongekommen. Es wurde nur in den Graben neben dem Bahngleis geschleudert.

Bekehrung zum Christentum durch die Hungerpeitsche. In einer klerikalen Bettelei für eine katholische Mission in Indien wird gesagt, Gottes Allmacht wolle die Heiden durch die Hungersnot von der Ohnmacht der Götzen überzeugen. — Wenn ein weniger Gutgläubiger dem Herrgott die Schlechtigkeit nachreden würde, daß er mit der Hungertaktik für das Christentum wirke, würde man ihm sicher einen Prozeß wegen Gotteslästerung an den Hals hängen. Die frommen katholischen Christen finden darin anscheinend nichts Anstößiges.

Von einer Lawine verschüttet. Bei der Abräumung der großen Lawine auf der Mittenwaldbahn ist, wie aus Innsbruck gemeldet wird, eine neue Schneelawine niedergegangen. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, einer getötet, ein zweiter verletzt. Auf der Arlbergbahn ereigneten sich bei Räumungsarbeiten auf dem Bahnplatze zwei tödliche Unfälle. Aus vielen Orten kommen Nachrichten über Lawinenstürze, die beträchtlichen Schaden verursachten.

Explosionsunglück durch eine 1866er Granate. Aus Königsgrätz berichtet man: In Altenatek explodierte Dienstag eine von dem Schmiedemeister Krause aufgefundene preußische Granate aus dem Jahre 1866. Die Schmiede wurde demoliert. Der neunzehnjährige Sohn des Schmieds ist zerrissen worden. Die Granatsplitter flogen 200 Meter weit.

Strenge Kälte. Die Neuyorker Temperatur erreichte mit Minus sechs Grad Fahrenheit den niedrigsten Stand seit fünfzehn Jahren. Vielfach herrscht große Not. Die Asyle sind überfüllt. Bis Mitternacht waren am 14. Januar sieben Personen in den Straßen erfroren. Auch der Materialschaden ist erheblich.

Der gestrandete Dampfer „Cobequid". Der im Hafen von St. John (Neubraunschweig) liegende Dampfer „Royal George" fing vom gestrandeten Dampfer „Cobequid" einen drahtlosen Hilferuf S—O—S (save our souls) auf. Daraus geht hervor, daß sich das Schiff zu dieser Zeit noch über Wasser befand. Alle Anstrengungen, die Lage des Schiffes festzustellen, sind bisher vergebens gewesen. Der Dampfer „Cobequid" ist, wie ein späteres Telegramm besagt, auf den Trinity-Klippen gesichtet worden. Als der Nebel sich lichtete, wurde bemerkt, daß der größere Teil des Schiffsrumpfes hinausragte. Sturzwellen überfluten den Dampfer, sodaß Teile der Schiffsladung an Land getrieben werden. Man nimmt an, daß die Passagiere noch leben.

Verhafteter Mädchenhändler. Ein in einem Sosnowicer Hotel aufgefundener Brief führte die dortige Polizei auf die Spur einer Mädchenhändlerbande, die über ganz Polen verbreitet ist und überall Agenten unterhält. Sechs Mitglieder der Bande sind bereits verhaftet, von denen vier bereits wegen Mädchenhandels vorbestraft sind. Die Polizei hofft, binnen Kurzem weitere Mitglieder der Bande verhaften zu können.

Bestien in Menschengestalt. Seit der Metzelei von Roccagorga haben die italienischen Truppen Order, bei den Konflikten zwischen Landarbeitern und Grundbesitzern, die in der Provinz Rom an der Tagesordnung sind, nicht mehr von den Waffen Gebrauch zu machen. Auch soll nach Kräften ihre Verwendung zur bloßen Sicherung des privaten Eigentums vermieden werden, da es sich hier ja stets um strittige Eigentumsmittel, um von den Großgrundbesitzern usurpierte Gemeindeländereien handelt. Die Gewalttat von Paliano zeigt nun, daß die Besitzer bereit sind, selbst Gewalt anzuwenden, wenn ihnen die Regierung die Truppen zu diesem Zweck verweigert. In Paliano in der Provinz Rom herrscht seit Monaten eine lebhafte Agitation unter den Landarbeitern, bei der es sich um Geltendmachung von Weide- und Holzrechten, um die Forderung weniger unmenschlicher Pachtverträge und um die Befreiung von gewissen Abgaben dreht, mit denen die Großgrundbesitzer die Bevölkerung willkürlich belasten. Als Großgrundbesitzer kommen in Paliano vor allem der Fürst Colonna und die Gebrüder Tucci in Betracht. Alle Besitzer hatten es abgelehnt, mit der die Agitation leitenden römischen Arbeiterkammer zu verhandeln. Sie hatten es so weit getrieben, den Landarbeitern die Arbeitswerkzeuge entziehen zu lassen. Am 8. Januar zog nun eine große Demonstration, in deren Zug sich viele Frauen und Kinder befanden, unter dem Rufe „Brot und Arbeit!" vor das Rathaus. Ohne daß irgend ein äußerer Anlaß — und wäre es auch nur ein Steinwurf gewesen — die Besitzer provoziert hätte, wurde auf die friedliche Menge aus dem Hause Tucci plötzlich ein Schuß abgegeben, der ein vierzehnjähriges Mädchen tot niederstreckte. Als sich der Onkel des Kindes über die Leiche beugte, wurde auch er von einer Kugel durchbohrt, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Angesichts dieser Gewalttat bemächtigte sich der Menge eine solche Wut, daß sie, anstatt an ihre Sicherheit zu denken, sich wie rasend gegen die Tür des Palastes Tucci warf. Inzwischen fuhren die beiden Brüder Tucci fort, ihre Jagdgewehre zu laden und auf die Menge zu feuern. Glücklicherweise machte ein Dienstmädchen der Tucci den Eingang fordernden Polizisten, die mit Hilfe der Soldaten die Demonstranten verdrängt hatten, die Tür auf. Die Polizei fand die beiden Brüder, wie sie weiter in blinder Wut ihre Mordwaffen luden. Man mußte sie gewaltsam entwaffnen, worauf sie sich ruhig verhaften ließen. Nur durch Hinzuziehung der Kavallerie gelang es, die Bluthunde vor dem gerechtfertigten Zorn der Menge zu schützen. Das Ergebnis der Blutarbeit waren 31 Verwundete und ein Toter. Von den Verletzten liegen vier im Sterben. Acht weibliche Personen befinden sich unter den Opfern, darunter ein Mädchen von 8, eins von 12 und zwei von 14 Jahren. Bei der ruchlosen Rohheit der Tat darf es nicht verwundern, wenn man am nächsten Morgen das Erbbegräbnis der Familie Tucci beschädigt, seine Marmorsäule zerbrochen fand. — Am 9. Januar hat in einer großen Protestversammlung Genosse Morgari zur Menge gesprochen. Die Verhandlungen mit den Besitzern sind jetzt, nachdem Blut geflossen ist, in gutem Gange. In dem Prozeß gegen die Brüder Tucci wird die römische Arbeiterkammer in Vertretung der Opfer als Privatkläger auftreten.

Die Vulkan-Katastrophe in Japan. Nach einem drahtlosen Bericht eines Kriegsschiffes ist Kagoschima mit einer 15 Fuß hohen Aschendecke bedeckt. 600 Häuser seien eingestürzt. Die Insel Sakuraschima sei dem Verderben preisgegeben und in Rauchwolken gehüllt, durch die Flammengarben zucken. Der Kapitän des japanischen Kreuzers „Tone" meldet drahtlos, daß in Kagoschima niemand am Leben geblieben sei. Ein Schiff, das nach dem ersten Ausbruch des Vulkans 307 Flüchtlinge an Bord nahm, soll während des zweiten Ausbruches gesunken sein.

Literarisches.

Der bekannte und allseitig beliebte **große Zeitungs-Katalog für 1914** der Haasenstein u. Vogler A.-G. gelangt in einigen Tagen zur Ausgabe. Der Inhalt dieses Nachschlagewerkes, das auf dem großen Gebiete des Zeitungswesens längst ein unentbehrlicher Ratgeber geworden ist, hat auch in diesem Jahre eine wesentliche Erweiterung erfahren. Der praktisch eingeteilte Notizkalender wurde beibehalten, ebenso das alphabetisch geordnete Verzeichnis sämtlicher Agenturen der Firma im In- und Auslande. Ein Ortsregister ermöglicht ein sofortiges Auffinden aller an den betreffenden Orten erscheinenden Tageszeitungen, wie auch der nach Branchen geordneten Fachzeitschriften. Ausführliche, beachtenswerte Angaben vieler Zeitungen und Zeitschriften ergänzen den Inhalt des Kataloges, dem sicherlich dieselbe freundliche Aufnahme zuteil werden wird wie in den Vorjahren.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Waisenhaus.

Frühere Zöglinge, welche sich im Laufe dieses Jahres zu verheiraten gedenken und sich um das Braun-Waldt'sche Legat bewerben wollen, haben ihr schriftliches Gesuch nebst kurzem Lebenslauf bis zum 1. Mai d. J. im Waisenhause persönlich einzureichen. (314

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.

2 Wohnungen, 3 Zimmer, abgeschl. Vorraum. Mih. Stockelsdorf, Lohstraße 20, Gühlke. (317

Daselbst ein Pferd zu verkaufen.

Ein Revolver und alte Möbel billig zu verkaufen. (318
Hafenburger Allee 66
Gegenüber Lehmbüchenweg.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Lübeck 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. (172
Jacken . . . 2.20—6.45
Mantelhosen . . 2.60—6.75
Schlafhosen . 1.88—3.25
Übergiehhosen . . 1.68—2.35
Zwirn-Hosen . . 1.68—3.25
Lange Jacken, lange u. gerade, 1.25, Röcke, Oberhemden, Schlafanzüge, Arbeitsjacken, Unterhemden erstaunlich billig. Mützen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Nur Lübecker.

Rechnungsformulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

178

Neue-Welt-Kalender
für 1914
Es sind noch einige Exemplare vorhanden
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarten —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Bei meiner (320
Geschäfts-Eröffnung
Glockengießerstraße 66
gebe ich Freitag und Sonnabend auf 1 Pfund Margarine 10 Bouillonwürfel, 1 Pfd. Malzkaffee, 1 hübsche Goldrandtasse oder 1 gr. Block Schokolade gratis.
Ferner empfehle feinste Meierrißbutter, Palmfett, Frischschmalz, Eier und div. Sorten Käse zu billigsten Preisen.
Else Scheel, Glockengießerstraße 66.

Taschenuhren, Wanduhren, Weckuhren, Goldwaren, Silberwaren empfiehlt
Willi Westfehling
32 Holstenstrasse 32

Neu-Lauerhof
315 Jeden Freitag:
Großes Tanzkränzchen.

Hansa-Theater
Künstlerische Leitung: 289
Dir. Fritz Hemberger.
Heute und folgende Tage:
A. Rossis
musikalische
Wunder-Elefanten.
Der größte Dressur-Schlager der Welt
sowie die übrigen
8 Elite-Attraktionen.
Anfang: Wochentags 8¼ Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt.

Arbeiter-Abstinentenbund.
Versammlung
am Freitag, d. 16. Januar
abends 8½ Uhr.
im „Gewerkschaftshaus"
316) Der Vorstand.

Neues Stadttheater
Donnerstag, den 15. Januar 1914:
102. V. i. Voll-Ab. 17. V. i. Donnerst.-A.
Abends 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr
Gastspiel Stanislaus Fuchs
Colleve Crampton
Komödie von Gerhard Hauptmann.
Mittelpreise. 313
Freitag, den 16. Januar 1914:
103. V. i. Voll-Ab. 17. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr
Oberst Chabert.
Oper von H. W. v. Waltershausen.
Große Preise.
Sonnabend, den 17. Januar 1914:
104. V. i. Voll-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Mignon.
Oper von A. Thomas.
Große Preise.
Sonntag, den 18. Januar 1914:
Nachm. 3 Uhr. Ende nach 5 Uhr.
Volksvorstellung.
Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr an der Theaterkasse.
Abends 7½ Uhr:
Gastspiel Rudolf Schildkraut.